

Blattgröße 60 cm. monatlich 2,00 M. im voraus zahlbar. Postbezug 4,20 M. einschließlich 60 Pfg. Postgebühren und 12 Pfg. Poststempelgebühren. Auslandabonnemente 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Feiertags einmal. Die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Beilagen „Voll und Zeit“ und „Arbeiterfreund“, „Ferner Unterhaltung und Wissen“, „Frauenstimme“, „Jugend“, „Witz in die Bücherei“ und „Jugend-Vorwärts“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Donnerstag
17. Oktober 1929
Groß-Berlin 10 M.
Auswärts 15 Pf.

Die einblättrige Sonntagsausgabe: 80 Pfennig. Restanteile 4.— Reichsmark. „Reine Ausgaben“ des Verlags: 25 Pfennig (wöchentlich) und 2 Pfennig (täglich) jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stollengeld des Verlags: 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Arbeitsblätter 50 Pfennig. Familienausgaben 30 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptquartier: Lindenstr. 65, wochentags von 9 Uhr bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 202—207. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 27536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depotkassen-Lindenstr. 5.

Vorspiel im Landtag.

Braun und Grzesinski im Kampf.

Die deutschnationalen Demagogen, die jetzt das Volk durch ihr „Begehren“ einzuseifen trachten, glaubten im Preussischen Landtag durch Anfragen und Mißtrauensanträge eine neue Welle Aufregung hervorrufen zu können. Ministerworte im Rundfunk, Stahlhelmverbot, Eklat-Affäre — alles im bunten Wirbel durcheinandergeworfen, das sollte ihrer Agitation neuen Betriebsstoff zuführen.

Sie haben sich schwer getäuscht. Die Antwort, die ihnen vom Ministerpräsidenten Otto Braun und vom Innenminister Grzesinski zuteil wurde, ließ sie zeitweilig vor Wut aufheulen, so zwar, daß der amtierende Vizepräsident der Deutschnationalen, Abg. v. Aries, des Lärms seiner eigenen Parteifreunde nicht mehr Herr werden konnte und die Sitzung unterbrechen mußte. Den Verhandlungsbericht geben wir an anderer Stelle.

Der Bloß der Staatsfeinde hat auf die schon fast sprichwörtlich gewordene Langmut der Republik und ihrer Regierungen spekuliert. Er hat geglaubt, Reichsregierung und Länderregierungen würden der Vorbereitung künftiger putschistischer Abenteuer durch Hugenbergs Inflationsbegehren tatenlos zusehen. Aber die Zeiten republikanischer Langmut sind endlich vorbei. Das sollten sich vor allem jene Beamten der Republik merken, die zwar den Dienst geschworen haben und das Geld der Republik nehmen, die aber ihr Amt in der Hauptsache als eine Position der Gegenwirkung gegen die Republik betrachten. Jene Beamten, die Beamtenrechte mit dem Recht der Sabotage gegen den Staat verwechseln, werden künftig keine Gelegenheit mehr haben, ihre Sabotage gegen die Republik durchzuführen. Der preussische Ministerpräsident Otto Braun hat im Landtag eine Erklärung abgegeben, die auch den Anschauungen der Reichsregierung entspricht und die ein Warnungssignal für diese Kategorie von Beamten sein muß. Die Eintragung für das Hugenbergsche Inflationsbegehren gegen die Republik und ihre Regierungen ist mit den Pflichten des Beamten unvereinbar! Die Beamten, die trotz dieser Warnung Lust verspüren sollten, gemeinsame Sache mit dem Bloß der Staatsfeinde zu machen, müssen nunmehr den Konsequenzen ins Auge sehen.

Grzesinski führte dem Landtag ein ganzes Arsenal von Dolchen, Revolvern und Totschlägern vor Augen, die von der Polizei in nationalsozialistischen Versammlungen beschlagnahmt worden sind. Den Kampf mit diesen „geistigen“ Waffen bezeichnete er als einen moralischen Tiefstand sondergleichen. In Zukunft wird Preußen jede Organisation, die den äußeren oder inneren Frieden gefährdet, rücksichtslos verbieten und unterdrücken. Diese Mitteilung richtete der preussische Innenminister insbesondere an den Vorsitzenden der Nationalsozialistischen Partei in Preußen, Herrn Kube, Generalbenennungsmächtigen des großen Adolf Hitler für Norddeutschland!

In einem Brief, den der junge Blaß, der Sekretär des Kapitäns Ehrhardt, an einen Freund geschrieben hat, sagt er diesem auselander, daß, wenn er und seine Freunde zur Macht kämen, sie mit rücksichtsloser Brutalität jeden Widerstand brechen würden. Der jetzige Staat hingegen sei infolge seiner demokratischen Ideologie nicht imstande, der Rechtsopposition mit der nötigen Energie entgegenzutreten. Der junge Blaß dürfte sich geirrt haben.

Klare Antwort.

Beamte und Inflationsbegehren.

Der Reichsminister des Innern hat das an ihn gerichtete Schreiben des Reichsausschusses für das deutsche Volksbegehren vom 14. Oktober 1929 folgendermaßen beantwortet:

„Die Reichsregierung ist bereit, die verfassungsmäßigen Rechte der Beamtenschaft vor jeder unzulässigen Beeinträchtigung zu bewahren. Nach der Rechtsprechung des Reichsdisciplinarhofes muß sich jedoch auch der Beamte bei der Ausübung seiner staatsbürgerlichen Rechte innerhalb des gebotenen Maßes und insbesondere der Strafgesetze halten. § 4 des Volksbegehrens überschreitet diese Grenze. Indem er die Tätigkeit von Reichspräsident und Reichsregierung als Landesver-

rat zu brandmarken sucht, enthält er eine Beschimpfung der höchsten Organe des Reiches. Die erdrückende Mehrheit der deutschen Beamtenschaft teilt übrigens die Rechtsüberzeugung der Reichsregierung, wie sich aus den dankenswerten Aufrufen der Beamtensorganisationen ergibt.

Die Reichsregierung ist nicht in der Lage und nicht geneigt, Beamte, die durch Eintraten für diesen Paragraphen 4 des Volksbegehrens die verfassungsmäßigen Grenzen überschreiten, vor disziplinarischem Einschreiten der zuständigen Behörden zu schützen.

Kampf um die Macht!

Hugenberg-Bloß oder Sozialdemokratie!

Selten ist in einem gegnerischen Blatt so viel Richtiges, denn Nagel auf den Kopf Treffendes gesagt worden, wie in der neuesten Nummer des Organs der christlichen Gewerkschaften, des „Deutschen“ über die Hintergründe der Hugenberg-Aktion. Man höre:

Es geht im Grunde weniger mehr um Annahme oder Ablehnung des Young-Planes, es ist ein Kampf um die Macht:

Der Kampf zwischen dem nationalen Bloß Hugenbergs und der Sozialdemokratie um die Macht im Staate...

Das ist der Kern der ganzen Aktion. Jeder, der Augen hat zu sehen, muß diese Ziele sehen. Und jeder, der ein Urteil hat, weiß, wie die Entwicklung laufen würde:

In eine Reaktion auf der ganzen Linie hinaus.

Seit dem Kampf gegen Lambach hat Hugenberg sein wahres Gesicht immer mehr und mehr gezeigt. Mit seinen „Reform“-Vorschlägen, die einen Abbau des Reichsarbeits- und des preussischen Wohlfahrtsministeriums vorsehen, mit seinen Abbauplänen für die Sozialversicherungen. Darum verweigert ihm ein großer Teil der Partei die Gefolgschaft, heute wie gestern.

Hugenberg nennt die Sozialdemokratie den Feind und meint die ganzen schaffenden Massen.

Von ihm, seinen Plänen und seiner Politik ist nichts zu erhoffen als Reaktion, Reaktion in jeder Hinsicht, in geistiger, politischer und sozialer Richtung.

So der „Deutsche“! Und was folgt daraus? Wer die Reaktion in jeder Hinsicht nicht will, der muß in den Reihen der Sozialdemokratie mitschlagen! Darum:

Sinein in die Sozialdemokratische Partei!

Das Heimwehr-Panama.

Stürmischer Tag im Nationalrat.

Wien, 16. Oktober. (Eigenbericht.)

Der Nationalrat wählte gegen die Stimmen der Sozialdemokraten den Abg. Buch zum Finanzminister und Professor Erbil zum Unterrichtsminister. Er befaßte sich dann mit einem Besch., das eine Fusionierung der verkrachten Bodenkreditanstalt und der österreichischen Kreditanstalt erzwüngen soll und das Stimmrecht in der Generalversammlung der Bodenkreditanstalt regelt. Die Kleinaktionäre sollen zugunsten der Großaktionäre in ihrem Stimmrecht benachteiligt werden!

Dr. Bauer (Soz.) führte aus, die Katastrophe sei nur abgewendet worden, weil zufällig Rothschild leicht erreicht werden konnte, sonst wäre die Bodenkreditanstalt am nächsten Tage zusammengekracht. — Während einer Rede des Abg. Weidenhoffer, des Sekretärs der österreichischen Industriellen, fragten die Sozialisten ihn, wieviel Geld die Industriellen und wieviel die Bodenkreditanstalt auf Kosten der Aktionäre für die Heimwehr gegeben habe. Weidenhoffer schwieg, so daß Dr. Bauer und Dr. Renner die Frage von der Tribüne nochmals wiederholten.

Am Donnerstag wird die Vorlage im Ausschuss beraten.

Der Brief Hindenburgs.

Hindenburgs „steigendes Befremden“ / Hugenbergs „freudiger Dank“.

Reichspräsident v. Hindenburg hat gestern an den Reichskanzler folgendes Schreiben gerichtet:

Berlin, den 16. Oktober 1929.

Sehr geehrter Herr Reichskanzler!

Mit steigendem Befremden habe ich die Wahrnehmung machen müssen, daß in dem Kampf um das Volksbegehren sowohl von dem Reichsausschuh für das Volksbegehren als auch von den das Volksbegehren bekämpfenden Parteien und Gruppen meine Person und meine mutmaßliche persönliche Meinung zur Frage des sogenannten Young-Planes in die Agitation hineingezogen wird. Von der einen Seite wird behauptet, daß ich ein Feind des Volksbegehrens wäre und von der anderen Seite betont, daß ich mich für die Annahme des Young-Planes festgelegt hätte.

Demgegenüber stelle ich fest, daß ich niemandem die Ermächtigung erteilt oder einen Anlaß dazu gegeben hätte, meine persönliche Meinung zu diesem Problem bekannt zu geben. Ich habe im Gegenteil stets betont, daß ich mir meine endgültige Stellungnahme zu dem Young-Plan bis zu dem Zeitpunkt vorbehalte, in dem diese hochbedeutsame Frage zur Entscheidung reif ist und nach Wahgabe der Artikel 70, 72 und 73 der Reichsverfassung zur Entscheidung über eine Verleumdung oder eine Auslegung der Verleumdung verfassungsmäßig zustande gekommenen Befehlsbefehlschlüsse an mich herantritt. Und hieran halte ich mich wie vor fest.

Ich bitte Sie, Herr Reichskanzler, hiervon Kenntnis zu nehmen und das Vorstehende den am Kampf um das Volksbegehren beteiligten Parteien und Gruppen in der Ihnen geeignet erscheinenden Weise zur Kenntnis zu geben.

Mit freundlichen Grüßen bin ich Ihre ergebener
von Hindenburg.

Amlich wurde der Veröffentlichung dieses Schreibens hinzugefügt:

„Die Reichsregierung erwartet, daß die an der Agitation für und gegen das Volksbegehren beteiligten Gruppen, vor allem der Reichsausschuh für das deutsche Volksbegehren“ die Person des Herrn Reichspräsidenten einflussreich seinem Wunsch nunmehr dem Meinungsstreit über die Gesetzesanträge für das deutsche Volksbegehren fernhalten.“

Die Berliner Hugenberg-Presse nimmt diese amtliche Nachschrift zum Anlaß neuer Angriffe auf die Reichsregierung. Sie ist sehr aufgebracht darüber, daß der Appell des Reichspräsidenten „vor allem“ an den Hugenberg-Selbte-Hillerischen „Reichsausschuh“ weitergegeben wird, und sie versichert, der „Reichsausschuh“ habe niemals den Reichspräsidenten vor den Wagen des Volksbegehrens zu spannen versucht. Es ist wirklich schon ein ausgeuchtes Pech, daß in derselben Stunde, in der die Berliner Hugenberg-Zentrale dies versicherte, das Münchener Hugenberg-Blatt vom 16. Oktober in Berlin eintraf, die „München-Augsburger Abendzeitung“, worin in fetten Buchstaben zu lesen steht:

Was will das deutsche Volksbegehren? Nichts anderes, als das zu Ende führen, was der Reichspräsident von Hindenburg mit seiner Lannenbergrede begann!

Abgesehen davon ist festzustellen:

1. Der „Reichsausschuh“ hat den Reichspräsidenten in die Debatte gezogen, indem er ihn durch § 4 seines Antrags wegen Landesverrats mit Zucht haus bedrohte. Ob diese Bedrohung auf politische Absicht oder auf juristische Unfähigkeit zurückzuführen ist, ist zunächst gleichgültig.

2. Die „Nationalsozialistische Arbeiterpartei“, die dem Ausschuh angehört und die sich rühmt, die eigentliche Urheberin der ganzen Aktion zu sein, bekennet sich in ihrer Presse und durch ihre Führer offen zu der Absicht, auch den Reichspräsidenten durch den § 4 mit dem Zucht haus zu bedrohen. Sie befundet diese Absicht in unflätigen Beschimpfungen — „er deckt Verbrehen“, „bietet ein klägliches Schauspiel“ usw. —, ohne daß der samose Reichsausschuh auch nur die leisesten Anstalten trifft, dieses Treiben zu mißbilligen.

3. In groteskem Gegenfah dazu versuchen die Hugenberg-Leute und der Stahlhelm, Hindenburg als ihren Bundesgenossen hinzustellen. Siehe oben: „München-Augsburger Abendzeitung“ und unzählige Zeitungsstimmen, Flugblätter usw. Man schiebt zum Beispiel auch von Anti-Young-Rundgebungen an Hindenburg Ergebenheitsadressen und verdreht die farblosen Höflichkeitformeln der Antwort zu Zustimmungskundgebungen. So verfäh die „Bommerische Tagespost“ ihren Bericht über den Hugenberg-Rummel in Neustadt an der Haardt mit der knalligen Riesenschrift: „Hindenburg wünscht den deutschnationalen Erfolg!“

4. Der „Reichsausschuh“ hat einen Film drehen lassen, der Hindenburg in einer Front mit Hugenberg-Selbte-Hiller gegen die Reichsregierung (Severing) zeigt und der mit der Schlussfolgerung endet: Jeder, der Hindenburg gewählt habe, müsse sich für

das Volkshörsprechen eintragen lassen. Ist davon in den Hugenberg-Redaktionen nichts bekannt? Weiß „Hugenberg, der Herr der Presse“ nicht, was „Hugenberg, der Herr des Films“ tut?

Wenn die Gegner des Inflationsbegehrens all dem gegenüber darauf hinweisen, daß der Reichspräsident der Haager Delegation für ihre Arbeit gedankt hat, daß er dem Sarge Stresemanns zu Fuße gefolgt ist, daß er aber solchen Dank und solche Ehrung sicher nicht Männern zugewendet hätte, die er für zuchthauswürdige Landesverräter hält, so war das nichts anderes als berechtigte Abwehr.

Die Reichsregierung hat sehr gut gewußt, warum sie den Brief des Reichspräsidenten „vor allem“ an den famosen Reichsausschuß weitergegeben hat.

Hugenberg „danft freudig“!!

Der „Reichsausschuß“ für das Inflationsbegehren erläßt folgende tragikomische Erklärung:

Mit freudigem Dank begrüßt der Reichsausschuß für das Deutsche Volksbegehren das Schreiben des Herrn Reichspräsidenten an den Reichstangler, mit dem er sich dagegen verwahrt, daß keine Person in den Kampf um das Volksbegehren mit hineingezogen wird. Der Zusatz der Reichsregierung zu dem Brief des Herrn Reichspräsidenten stellt lediglich einen mehr als plumpen Versuch dar, die hocherfreuliche Wirkung abzuschwächen, die der Brief des Herrn Reichspräsidenten v. Hindenburg ausüben dürfte. Anscheinend hat man auch den Herrn Reichspräsidenten selbst über die tatsächlichen Verhältnisse ungenau unterrichtet.

In Wirklichkeit (!!) hat nämlich der Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren die Person und die mutmaßliche persönliche Meinung des Herrn Reichspräsidenten v. Hindenburg über den Young-Plan niemals (!!) auch nur mit einem Wort (!!) in seinen Kampf gezogen.

Dieses Kampfmittel, gegen das sich der Herr Reichspräsident v. Hindenburg nunmehr zur Bewahrung gezwungen sieht, blieb ausschließlich den Gegnern des deutschen Volksbegehrens und insbesondere auch den Mitgliedern der Reichsregierung in ihrer Agitation gegen das Freiheitsgesetz vorbehalten. Dem (!) dürfte nun für die Zukunft ein Kiesel vorgegeben sein. Das eine geht jedenfalls aus dem Schreiben des Herrn Reichspräsidenten mit aller Klarheit hervor: Reichspräsident und Volk sind frei in ihrer Entscheidung.

Man muß schon auf die Erlasse der seltsamen Kapp-Regierung zurückgreifen, um für den inneren Wert dieser Erklärung einen Maßstab zu finden. Denn seit jener Zeit ist ein ähnliches Produkt verlegener Verlogenheit nicht mehr zutage getreten.

Der Reichspräsident schreibt, mit „steigendem Befremden“ bemerkte er die Versuche des Reichsausschusses sowohl wie seiner Gegner, ihn in den Kampf hineinzuziehen. Dieses „steigende Befremden“ beantwortet der Reichsausschuß mit „freudigem Dank“.

Mit dem „freudigen Dank“ begleitet er die Behauptung, daß der Reichspräsident über die tatsächlichen Verhältnisse „ungenau unterrichtet“ ist. Man unterstellt dem Reichspräsidenten, daß er eine hochpolitische Aktion unternommen hat, ohne über die Verhältnisse genau unterrichtet zu sein.

Die Behauptung, der Reichsausschuß habe den Reichspräsidenten „niemals auch nur mit einem Wort in seinen Kampf einbezogen“, ist die dümmste, weil am leichtesten widerlegbare Lüge der Weltgeschichte.

Und vor allem: In dem Reichsausschuß im Zusammenhang mit dem Briefe Hindenburgs unerschämte und verlogene Angriffe gegen die Reichsregierung richtet, macht er die beabsichtigte Wirkung des Briefes bemußt zunichte und zieht er die Person des Reichspräsidenten erst recht in den Kampf. Das ist der „freudige Dank“!

Eine Sache, die so vertreten wird, ist schon verloren!

„Reichsausschuß“ verklagt Reichsbanner!

Der „Reichsausschuß“ erläßt einen neuen Aufruf. Neben alten Phrasen findet sich als einzig Neues die Mitteilung: „Mit dem Aufruf des Reichsbanners werden sich die Gerichte zu beschäftigen haben.“

So wird das Reichsbanner das Schicksal der Reichsregierung teilen!

Hugenberg-Deutsche, baut Zuchthäuser!

Abgabe an Hugenberg.

Er spaltet die „Nationalen“, statt zu einen!

In den deutschnationalen „Hamburger Nachrichten“ ist über das Volksbegehren zu lesen:

„Das Volksbegehren gegen die Versklavung des deutschen Volkes kleidet außenpolitische Richtlinien, außenpolitische Ziele in die Geheform ein, und die Masse soll sich entscheiden, ob sie diesen Entwurf zum Gesetz erheben wollen. Man kann darüber streiten, ob die Fassung des Entwurfes außenpolitisch zweckmäßig und juristisch überhaupt möglich ist. Denn der Zweck des Volksbegehrens ist ja nicht, die Entscheidung über die in ihm enthaltenen Punkte herbeizuführen. Kein Deutscher erkennt die Kriegsschuldfrage an, kein Deutscher wird nicht aus innerstem Herzen die baldige und bedingungslose Räumung aller besetzten Gebiete anstreben und schließlich wird kein Deutscher sich mit den ungeheuerlichen Lasten des Young-Planes abfinden oder leichtfertig unserem Volke neue Lasten auferlegen. Ueber die Ziele unserer Außenpolitik gibt es überhaupt keinen Streit, sondern nur über die Methoden, die zu diesen Zielen führen, und in dem Volksbegehren sollen nun diese Methoden gefälligst festgelegt werden. Wie gesagt, über die Zweckmäßigkeit eines solchen Verfahrens mag man streiten, aber wenn wir die Dinge richtig betrachten, ist doch der Sinn dieser Aktion, den nationalen Widerstand zu wecken, das deutsche Volk aus seinem Schlaf zu rütteln und in ihm den Glauben und Willen zu stärken, daß es andere Wege zu seiner Befreiung beschreiten muß, als sie meist bisher von den amtlichen Stellen beschritten wurden. Das Volksbegehren soll die Fansare sein, die dem deutschen Volke in den Ohren klingen: Gebente, daß du ein Deutscher bist! Wir wollen unter diesem Gesichtspunkt also mit den Initiatoren des Volksbegehrens nicht streiten über Einzelheiten. Wir legen den Schwerpunkt nicht in diesen Einzelheiten, sondern fragen nur an: Biegt nicht die Gefahr vor, daß gerade die nationalen Kreise, die es heute mehr denn je zu sammeln gilt, zersplittert werden durch Parolen „hie für, hie gegen das Volksbegehren“? Die große Kreise des deutschen Volkes stehen innerlich zu den Zielen des Volksbegehrens. Sie beteiligen sich aber nicht daran, weil für diese Aktion gerade im gegebenen Augenblick für falsch halten. Soll man sie deswegen verdammten oder soll man die Anhänger des Volksbegehrens nun wieder von der

Staat und Wirtschaft.

Otto Braun spricht zum Jubiläum des Vereins Berliner Kaufleute.

Die Anstrengungen der „Wirtschaft“, die Machtmittel des Staates und des öffentlichen Vermögen einseitig zum Nutzen des Privateigentums wirksam werden zu lassen, waren nie so stark wie jetzt, wo die Kriegslasten endgültig zu verteilen und manche Probleme des deutschen Wiederaufbaues endgültig zu lösen sind. Die deutsche Öffentlichkeit muß dem preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun dankbar sein, daß er seine Gratulantenrolle für die Reichs- und Preußenregierung beim 50-Jahre-Jubiläum des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller zu einer umfassenden Rede benutzte, in der er das Verhältnis von Staat und Wirtschaft im modernen Volksstaat im Anschluß an die ersten Wirtschafts- und finanzpolitischen Probleme des Tages darlegte.

Der heutige Volksstaat ist nicht mehr der Staat des alten Sparta,

wo Arme und Besitzlose einfach totgeschlagen wurden, weil man wegen der schlechten Wirtschaftsverhältnisse Effer loswerden wollte. Er ist auch nicht mehr der brutale Steuereintreiber, Kriegsherr und plündernde Eroberer des Mittelalters und auch nicht mehr jener sich mit dem Staat identifizierende Landesvater von vor 150 Jahren, der Gewinneshalber Tausende von Landeskindern an ausländische Staaten verkaufte. Man muß mit diesen Zeiten den Satz der Weimarer Verfassung vergleichen, daß alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht, und den gewaltigen Wandel zu begreifen, der eingetreten ist. Der Staat hat heute, wo kein Gegensatz zwischen Staatsvolk und Staat mehr besteht, einfach die Aufgabe, die Gesamtinteressen des innerhalb seiner Grenzen wohnenden Volkes wahrzunehmen und ist verantwortlich für alles Geschehen in ihm, wozu auch die Zurückweisung jener gehört, die sich dem Gedanken an ein Gemeinwohl nicht beugen wollen und wozu auch Vorkehrungen gegen das oft ungezügelte Gewinnstreben privatwirtschaftlicher Machtgruppen gehören, das das Gemeinwohl beeinträchtigen kann.

Staat und Wirtschaft sind keine Gegenfächer. Eine richtig verstandene und geleitete Wirtschaft kann nur als Zielsetzung haben, der Gesamtheit zu dienen. Wirtschaft als Selbstzweck aber wird aus einem Segenspender zum Unheil, wo sie um des Reizes willen und zur Befriedigung des Machtbedürfnisses einzelner Gruppen oder Männer betrieben wird. Wo größere Interessen verlegt werden, muß der Volksstaat, der gesunde Bedingungen für das menschliche Zusammenleben innerhalb seiner Grenzen schaffen will, mit Schärfe und Nachdruck übermäßige Gewinnstreben entgegenreten.

Der Staat hat die Dinge nicht laufen zu lassen, sondern muß sie entsprechend seiner Führerrolle und seiner Verantwortung für das Gesamtwohl von hoher Interessenwarte aus regeln.

Der moderne Volksstaat will nicht in die Wirtschaft eingreifen, um sie etwa nur seine Macht spüren zu lassen oder um ihr Hindernisse in den Weg zu legen. Wichtig ist nur die Frage, ob der Staat durch Gesetze und Verordnungen, durch die Arbeit des Verhandelns oder durch eigene Wirtschaftsaktivität die Rolle der Wirtschaft im Gemeinleben des Volkes regulieren will. Die eigene Wirtschaftsaktivität des Staates hat vielfach den stürmischen Protest der Wirtschaft hervorgerufen. Mag Protest berechtigt sein, wo in der öffentlichen Wirtschaft nicht mit dem geringsten Aufwand der denkbar größte Nutzen für die Gesamtheit des Volkes herausgeholt wird; aber beispielsweise in der Elektrizitätspolitik des preussischen Staates wird man an dem einmal beschrittenen Weg unbedingt festhalten und auf diesem Wege weitergehen müssen mit dem Ziele, daß den Konsumenten im Privathaushalt und in der Wirtschaft elektrische Kraft nicht veräußert und die Kraftverförmung niemals in einer Weise vertraut und monopolisiert wird, daß daraus Gefahren für die Allgemeinheit erwachsen könnten.

Es ist nur zu gut bekannt, wie die für den Gedanken der Freiheit gegenüber dem Staate so empfängliche Wirtschaft denselben Staat immer wieder zu finden weiß, um Ansprüche auf staatliche Hilfeleistung anzumelden. Immer betont dabei jeder der Hilfesuchenden seine Bedeutung für die Allgemeinheit, aber die hier so betonte Verbundenheit der einzelnen Teile der

Volkswirtschaft gerät umgekehrt bei Gelegenheit von Preisfestsetzungen, Kartellierungen, Syndizierungungen und Konventionsbeschlüssen außerordentlich leicht in Vergessenheit. Der Staat muß darüber wachen, daß man sich in der „Wirtschaft“ der Gesamtinteressen nicht nur in schwierigen Zeiten erinnert, wenn einem das Wasser am Halse sitzt, sondern er muß die Wirtschaft und die Wirtschaftspolitik gerade dann überwachen, wenn man im Vollbesitz seiner Kräfte und damit der wirtschaftlichen Dispositionsfähigkeit ist.

Der Staat wird von großen Teilen der Wirtschaft als Mitträger ihres Risikos in schlechten Zeiten gern herangezogen, während dieselben Kreise es für selbstverständlich halten, jede Chance ihrer wirtschaftlichen Betätigung ausschließlich für sich in Anspruch zu nehmen. Diese Rolle des „Sanierungsrates“, die man dem Staat großzügig zuweist, muß der Staat zurückweisen. Der Staat ist nicht lediglich zum Sanieren, sondern zum Regieren, zum Leiten, zum Ordnen und Führen da. Er läßt sich nicht lediglich als Retter in der Not heranziehen, wenn legend als Zusammenbruch droht und sich nachher wieder in die Ecke stellen als der Mohr, der seine Schuldigkeit getan hat, von dem man sich im übrigen ein Hinsetzen verbittet. — Ein wichtiges Argument gegen den Staat ist das der

zu weit getriebenen Sozialpolitik.

Aus solchen Vorwürfen spricht eine völlig falsche Einschätzung der Grundlagen nicht nur des Staates, sondern auch der Wirtschaft selbst. Die Wirtschaftsmöglichkeiten in Deutschland bauen sich nicht allein auf den technischen Einrichtungen, Rohstoffen und Bodenschätzen, internationalen Verbindungen und fremden Kapitalzuflüssen auf, sondern auch auf dem großen Heer gut ausgebildeter, gelernter Facharbeiter, die gerade im industriellen Deutschland eine wohl durch kein anderes Land übertroffene Erziehung zur Qualitätsarbeit genossen haben. Diese Arbeiterschaft leistungsfähig zu erhalten, ist ein Gebot der Klugheit und der Selbsterhaltung der Industrie.

Es ist ein Gebot der elementarsten Staatsmoral, diesen Arbeitsermaßen durch anständige Bezahlung auch ihren Anteil an den Werten zu erhalten, die sie schaffen helfen.

Der moderne Volksstaat muß die Männer und Frauen der Arbeit mit ihren Kindern vor bitterster Not bewahren, wo Arbeitslosigkeit sie auf die Straße setzt, er muß das Gespenst des Hungers und der schwersten Sorge von ihrer Schwelle bannen, wenn Hand und Auge im Vergessenen, an der Fabrikmaschine und an anderen Stätten der Arbeit einmal verjagen. Wer das weiß und trotzdem die berechtigten wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiterschaft nicht anerkennen will, reizt eine außerordentlich kurzfristige Politik, die sich bitter an der gesamten Wirtschaft rächen würde, wenn nicht immer wieder der Staat im Allgemeininteresse das Niveau unserer Tarif- und Sozialpolitik auf der erforderlichen Höhe halten würde.

Niemand wird behaupten können, daß die Gewerkschaften in der Vertretung der Arbeiterinteressen frivol oder selbstfertige überspannte Forderungen aufstellen

und die Bestimmungsfähigkeit der Wirtschaft leichtfertig oder bewußt außer acht lassen. Die deutsche Wirtschaft sollte froh darüber sein, daß sie in den Gewerkschaften einen disziplinierten und wirtschaftswissenschaftlich keineswegs ungeschulten Kontrahenten besitzt, mit dem man ernsthaft und vertrauensvoll verhandeln kann. Diesen Kontrahenten gegenüber sollten die wirklich verantwortungsbewußten Führer der Industrie alles aufbieten, um das Verhandeln für möglichst große Arbeitermassen zu erleichtern, und sie sollten die Desperados aus ihren eigenen Reihen energisch zur Ordnung rufen, die durch eine oft genug unverantwortliche Arbeitgeberpolitik Teile der Arbeiterschaft in die erbitterteste Opposition treiben.

Auch die Wirtschaft braucht einen starken Staat, der die Macht hat und gewillt ist, zur Förderung des Gemeinwohls das politische Desperadatum aller Art mit fester Hand niederzuschalten und in absehbarer Zeit zum Verschwinden zu bringen.

Die Verbotenen tagen.

Aufgehobene Stahlhelm-Versammlung.

Köln, 16. Oktober. (Eigenbericht.)

In Rheindl hob die Polizei in einem Privathause eine Versammlung von Stahlhelmlieuten des verbotenen Landesverbandes Rheinland aus. Die Teilnehmer behaupteten, zur Besprechung einer Werbekaktion für das Volksbegehren zusammengetreten zu sein. Die Polizei wird gegen sämtliche Beteiligten Anzeigen erstatten.

Institut für Arbeitsrecht.

Eine Neuschöpfung im mitteldeutschen Industriegebiet.

Halle, 16. Oktober. (Eigenbericht.)

Am Mittwoch wurde in Halle das neugegründete Institut für Arbeitsrecht an der Universität Halle feierlich eröffnet. Außer den Vertretern der Universität waren anwesend Vertreter des preussischen Ministeriums für Kunst und Wissenschaft, des Reichsarbeitsministers, des Oberpräsidenten der Provinz Sachsen, des Regierungspräsidenten in Merseburg, der Städte Halle, Magdeburg und Erfurt, verschiedener Vorkreise, der Handels-, Industrie- und Handwerkskammern, des Landesarbeitsrats für Sachsen und Anhalt, des anhaltischen Staatsministeriums, ferner Vertreter der verschiedenen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände, ein Zeichen, welche Bedeutung der Gründung des Instituts von den maßgebenden Stellen beigemessen wird.

Als Stätte des Instituts wurde die Universität Halle gewählt, weil Halle im Mittelpunkt eines in der Entwicklung begriffenen großen Industriegebietes liegt und dadurch für eine erprobte Tätigkeit des Lehrkörpers und der Hörer der geeignete Boden gegeben ist. Das Institut verankert seine Finanzierung sowohl den Arbeitgeber- wie Arbeitnehmerverbänden. Auf Arbeitnehmerseite ist vor allem der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, auf Unternehmerseite der Bergwerks- und Hüttenverband beteiligt. Bis jetzt sind 31 000 M. eingebracht worden. Das preussische Ministerium für Kunst und Wissenschaft hat 3 000 M. und ebenso beim Erwerb eines Grundstücks Vermittel zur Verfügung gestellt. Weiter haben die Stadt Halle und der Saalkreis finanzielle Hilfe geleistet. Um das Institut auf die Höhe zu bringen, sind natürlich noch weitere Mittel notwendig.

anderen Seite mit Steinen bewerfen? Das würde zwar unserer Gewohnheit entsprechen, aber es wäre falsch.“

Das ist nichts anderes als eine in diese Worte gekleidete Abgabe an Hugenberg. In dieser Beziehung stehen die deutschnationalen „Hamburger Nachrichten“ nicht allein. Man kann über die Zweckmäßigkeit des Volksbegehrens nicht nur streiten, sondern man streitet sich im nationalen Lager und besonders in der deutschnationalen Partei hinter den Kulissen bereits seit Wochen darüber. Wer zählt die deutschnationalen Parlamentarier, die innerlich die Hoffnung hegen und das im kleinen Kreise offen zum Ausdruck bringen, daß Hugenberg über sein Inflationsbegehren endgültig stolpert? Zunächst hoffen sie nur, ohne zu handeln. Der Geldbeutel des Herrn Hugenberg und die sich darauf stützende Macht gebietet ihnen, zu schweigen.

Kardorff will nach rechts.

Wenn das Volksbegehren vorüber ist.

In der deutschnationalen „Berliner Börsen-Zeitung“ veröffentlicht Herr v. Kardorff einen Aufsatz, in dem er die Demagogie der Volksbegehrier tadelt, aber auch das teilweise Verbot des Stahlhelms als „verhängnisvollen Fehler“ mißbilligt. Von dem Augenblick, wo Volksbegehren und Volksentscheid vorüber sind, erhofft er einen engen Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien einschließlich der „staatsbejahenden Kreise der Deutschnationalen“. Nur ein geschlossenes Bürgertum werde „seine berechtigten wirtschaftlichen Forderungen, sei es im Einzelnen mit der Sozialdemokratie, sei es im Kampfe gegen sie, durchzusetzen vermögen“. Ein sich gegenseitig befehdendes Bürgertum werde aber immer den kürzeren ziehen. Alle Meinungsverschiedenheiten zwischen den bürgerlichen Parteien findet Herr v. Kardorff verhältnismäßig bedeutungslos gegenüber ihrer Einigkeit in der Finanzfrage und in der Forderung nach Ausgabenreduktion und Steuerentlastung.

Damit sind die Deutschnationalen freundlichst eingeladen, sich nach ihrer Niederlage im Kampf gegen den Young-Plan mit an den Tisch zu setzen, wenn es gilt, die Erleichterungen aus diesem Plan den bestehenden Klassen zugute kommen zu lassen. Der Reichslandbund, aber auch andere deutschnationalen Kreise werden sich gewiß vorbehalten, dieses freundliche Angebot zu gegebener Zeit in wohlwollende Erwägung zu ziehen.

Homosexualität keine Straftat.

Grafte Verhandlungen im Strafgesetzschaß. — Die Strafbestimmung gefallen.

Der Strafgesetzschaß des Reichstags beriet gestern den § 296, der einem Mann, der mit einem anderen Mann eine heilloschämliche Handlung vornimmt, Gefängnisstrafe androht.

Abg. Strahlmann (Dnat.) trat für die Annahme dieses Paragraphen ein. Wenn auch eine große Anzahl von Männern und Frauen von hoher geistiger Bedeutung für die Straflosgigkeit der im § 296 erwähnten Handlungen eintreten, so müsse man doch an der Strafbarkeit festhalten. Das stille Heer derjenigen, die die Strafbarkeit aufrechterhalten wollten, sei weit größer als die Zahl der Gegner dieses Paragraphen.

Abg. Scheller (Z.) sprach sich ebenfalls für den § 296 aus, wenn auch insofern sei, daß nur der gleichgeschlechtliche Verkehr zwischen Männern, nicht aber zwischen Frauen strafbar sei. Gemäß führe dieser Paragraph zu häßlichen Nachforschungen, die dem Familienleben nachteilig sei, er ermögliche auch Erpressungsversuche und führe oft zu Selbstmorden; dennoch müsse die Strafbarkeit bestehen bleiben, damit das Votum der Homosexualität nicht noch weiter um sich greife. Die Notwendigkeit eines Schutzes der Jugend erfordere die Aufrechterhaltung der Strafbarkeit.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) begründete den sozialdemokratischen Antrag auf Streichung des § 296. Wenn das Strafgesetz nicht von vornherein das

Kennzeichen der Rückständigkeit

tragen soll, so müsse die Strafbarkeit gleichgeschlechtlicher Handlungen fallen; die Strafbarkeit sei mit den modernen Auffassungen der Wissenschaft unvereinbar. Nur bei Mißbrauch oder Nötigung Geschlechtsunreifer oder bei öffentlicher Kergerniserregung komme eine Bestrafung in Anwendung. Bereits 1869 habe sich die Preussische Medizinaleputation, der Männer wie Birchow, Langenbeck und Bordenleben angehörten, für die Aufhebung der Strafbarkeit ausgesprochen. Man dürfe auch nicht vergessen, daß die Strafbarkeit gleichgeschlechtlicher Handlungen bis zum Jahre 1866 abgeschafft gewesen sei, 56 Jahre hindurch in Bayern, 30 Jahre in Württemberg, 26 Jahre in Hannover. Die erste Petition gegen den damaligen § 175 sei im Jahre 1897 an erster Stelle von Männern wie Fr. v. Bisz und August Bebel unterschrieben worden. Letzterer habe sich bei den Beratungen des Reichstags im Jahre 1898 mit großer Energie für die Streichung des § 175 ausgesprochen und damals ausgeführt, was noch heute zutrefte, daß die Behörde nur in den seltensten Fällen eine Bestrafung auf Grund des § 175 herbeiführte, Strafbestimmungen aber, die nur ausnahmsweise angewendet werden, dürften nicht aufrechterhalten werden.

Wie zu Bebel's Zeiten, weiß auch jetzt die Polizei ganz genau, welche Personen sich gegen § 175 vergingen.

Eingeführt werde aber nur, wo eine Denunziation erfolge. Die Schätzung Dr. M. Hirschfelds sei nicht übertrieben, nach der nur 0,001 Proz. aller dieser strafbaren Handlungen wirklich bestraft werden. Drei Viertel aller Staaten haben die Strafbarkeit abgeschafft; Deutschland dürfe nicht zurückbleiben, zumal auch jetzt Dänemark, die Schweiz und Tschechoslowakei die Strafbarkeit gleichgeschlechtlicher Handlungen beseitigen wollen. Kein Paragraph führe so sehr wie dieser zu Erpressungen und zu Selbstmorden. Dabei handele es sich um Fälle, in denen weder ein Individualinteresse, noch ein Gesellschaftsinteresse irgendein Verleht werden. Wenn zwei Menschen in völliger Uebereinstimmung die fraglichen Handlungen begingen, dürfe der Staat nicht mit Strafe eingreifen. Ueberhaupt sei es ein vergebliches Bemühen, mit Strafparagraphen die Moral heben zu wollen. Zu allen Zeiten habe es bedeutende Männer und Frauen gegeben, die homosexuell gewesen seien. Der Staat dürfe nicht an Ergebnissen der modernen medizinischen Forschungen vorbegehen und trotz der Feststellung, daß es sich bei der gleichgeschlechtlichen Handlung um eine tiefe, sinnliche Veranlagung handle, Strafe vorsehen. Im Interesse der bedauernswerten Menschen, die auch unter einer gesellschaftlichen Kleidung zu leiden hatten, sollte endlich dieser Paragraph fallen.

Abg. Ewert (Komm.) erklärte sich ebenfalls für die Beseitigung des § 296.

Justizminister Guérard verkannte nicht, daß viele Gründe für die Aufhebung der Strafbarkeit sprechen, trotz alledem müsse er aber für § 296 eintreten, weil die stille Ueberzeugung der Mehrheit des Volkes diese Strafvorschrift fordere. Es sei sonst eine Zunahme der Homosexualität zu befürchten und dadurch eine Untergrabung der christlichen Eheordnung.

Abg. Kahl (D. Bp.) erklärte sich für die Streichung des § 296. Gemäß wolle er nicht die Homosexualität fördern, aber das Strafrecht habe verlagert; in vielen Fällen hätte die Strafanforderung zu Erpressungen geführt, und wenn nur zehn solcher Fälle vorlägen, müsse dieser Paragraph, der die Erpressung ermöglichte, gestrichen werden. Der wichtigste Grund sei, daß durch die Beseitigung der Strafbestimmung der zügellosen Agitation für die Homosexualität der Boden entzogen werden würde.

Abg. Dr. Moses (Soz.) führte auf Grund des von ihm vorgebrachten Ergebnisses der modernen medizinischen Wissenschaft aus, daß in den meisten Fällen konstitutionelle Veranlagung zur Gleichgeschlechtlichkeit vorliege. Gemäß käme auch eine Verführung zur Homosexualität in Frage; in den meistaus meisten Fällen handle es sich aber um konstitutionelle Veranlagung. Auch der Oberreichsanwalt Ebermayer habe ausgeführt, daß in den Fällen, in denen es sich um tiefe innerliche Veranlagung handle, der Staat nicht strafen könne, weil eine Schuld fehle. Bei der Gleichgeschlechtlichkeit handle es sich auch um eine Art Infantilisimus, eine Zurückbliebenheit der Entwicklung. Auch in der äußeren Gestalt, am Gang, sei vielfach schon die Homosexualität zu erkennen. Wenn darauf hingewiesen worden sei, daß im Interesse der Erhaltung und Befundung der Volkstraft die Strafbarkeit aufrechterhalten bleiben müsse, so erinnere das an früher vertretene Anschauungen, nach denen die Beseitigung der Strafbarkeit zu einer Schwächung der Beharrlichkeit des Volkes führen würde. Dabei sei die

Homosexualität bei den Kavallerieregimentern

und vor allem bei dem Potsdamer Garderegiment besonders verbreitet gewesen. Es sei höchste Zeit, den Paragraphen abzuschaffen.

Abg. Ehlermann (Dem.) spricht sich für die Beseitigung der Strafbarkeit aus, da der Staat die ihm gesetzlich Grenzen überschreite, wenn er wegen gleichgeschlechtlicher Handlungen Strafe androhe. Durch keinen Paragraphen sei so viel blühendes Leben getreten, durch keine Strafbestimmung soviel Tragödien durch Erpressung herbeigeführt worden.

Abg. Wunderlich (D. Bp.) erklärte sich im Gegensatz zu seinem Parteifreund Kahl, in Uebereinstimmung mit dem dritten Volksparteiler Beutheuer für die Aufrechterhaltung der Strafbarkeit. Er verkenne die Gründe, die für die Aufhebung sprechen, nicht, aber diese Aufhebung würde dahin gedeutet werden, daß der Gesetzgeber

Achtung, Viehhalter!



In den nächsten Tagen findet eine große Zählung der in Deutschland befindlichen Ochsen, Efel, Schafe usw. statt. Diese haben sich in eigens dazu ausliegende Listen einzutragen.

Young-Ratifizierung erst im Dezember?

Berzögerungen in den Beratungen des Komitees.

Paris, 16. Oktober. (Eigenbericht.)

Trotz der energischen Aktion, die der Vorsitzende der Regierungskonferenz Jaspard auf deutschen und französischen Wunsch unternommen hat, um die sich endlos hinziehenden Beratungen des Sachverständigenkomitees zu beschleunigen, glaubt man in hiesigen gut informierten Kreisen, daß die zweite Konferenz der Regierungen für die endgültige Annahme des Young-Planes nicht vor Anfang Dezember wird zusammengetreten können. Die Arbeiten in den Ausschüssen haben sich durch verschiedene, teils unvorhergesehene, teils politische Gründe beträchtlich verzögert. So erleiden die Arbeiten der wichtigsten der Kommissionen, des Organisationskomitees für die Reparationsbank durch den Tod des belgischen Delegierten Delacroix eine Verzögerung, die gut eine Woche dauern kann, während im Liquidationskomitee die deutsch-polnische Meinungsverschiedenheit und im Ostreparationskomitee die noch ausstehenden ungarischen, österreichischen und bulgarischen Berichte über die Wirtschaftslage dieser Länder die rasche Abwicklung der Arbeiten hemmen.

Sind diese Schwierigkeiten überwunden, so wird die zweite Regierungskonferenz selbst voraussichtlich einen ziemlich glatten Verlauf nehmen. Es sind im ganzen höchstens zwei bis drei Arbeitssitzungen vorgesehen und eine Abschlußfeier, in deren Verlauf die feierliche Ratifizierung der Haager Abkommen erfolgen wird.

Frankreichs Abrüstungsabotage.

Auch gegen Abrüstung zur See!

Paris, 16. Oktober. (Eigenbericht.)

Die französische Antwort auf die Einladung zur Londoner Flottenkonferenz der fünf Mächte enthält unter anderem zwei Vorbehalte und zwar, daß die Konferenz nur zum Gegenstand haben dürfe:

1. Eine prinzipielle Vorverhandlung über die Wege, nach denen das Seeabrüstungsproblem in der Abrüstungskommission des Völkerbundes gehandhabt werden müsse und
2. daß alle fünf Teilnehmer der Konferenz „auf gleichem Fuße“ behandelt werden.

Die von Anfang dem Projekt der Seeabrüstungskonferenz feindlich gegenüberstehende französische Presse nimmt am Mittwoch eine Haltung ein, die man als eine vorzeitige Sabotage der Konferenz betrachten kann. So stellt der „Matin“ die nach dem Stand der Dinge reichlich paradoxe Forderung, Frankreich müsse im Rang der Seemächte an zweiter Stelle hinter Amerika

stehen. Ein weiterer Vorbehalt wird an das Problem der Unterseeboote geknüpft. In der für Frankreich lebenswichtigen Frage des Unterseebootkrieges würde man sich von niemandem einreden lassen. Frankreich werde auch niemals bereit sein, auf das Scheinmanöver einer Gleichheit der italienischen und französischen Flotte einzugehen.

Japan nimmt an.

Tokio, 16. Oktober.

Heute wurde die Antwort Japans auf die britische Einladung zur Teilnahme an einer Seeabrüstungskonferenz nach London gefabelt. Japan hat die Einladung angenommen.

Labours Sozialpolitik.

Staatliche Witwenfürsorge.

London, 16. Oktober. (Eigenbericht.)

Die Arbeiterregierung hat in Erfüllung eines ihrer hauptsächlichsten Wahlversprechen einen Gesetzesentwurf fertiggestellt, der eine bedeutende Verbesserung der bisherigen staatlichen Witwenfürsorge darstellt. Der neue Entwurf wird ungefähr eine Million Witwen, die bisher von der staatlichen Unterstützung ausgeschlossen waren, in den Genuß einer wöchentlichen Rente von 10 Schilling setzen. Außerdem werden 20000 Männer und 10000 Kinder unter dem neuen Gesetz Vorteile genießen.

Auf Grund des neuen Gesetzes erhalten folgende Kategorien von Personen Anspruch auf Unterstützung: 1. Sämtliche Witwen zwischen 55 bis 70 Jahren, deren Gatten unter dem Gesetz vom Januar 1926 versicherungspflichtig gewesen waren, jedoch vor dem Inkrafttreten des Gesetzes gestorben sind. 2. Männer, die zur Zeit des Inkrafttretens des Gesetzes von 1926 wegen ihres Alters nicht mehr versicherungspflichtig waren. 3. Sämtliche 70jährigen Witwen ohne Rücksicht auf Anknüpfung und Rationalität. 4. Witwen über 55 Jahre, deren Kinder Unterstützung erhalten, bis zum 16. Lebensjahre des jüngsten Kindes. 5. Der Anspruch auf Unterstützung für Kinder wird auf Erstgeborenen ausgedehnt.

Die Kosten dieser Erweiterung der Witwenunterstützung werden auf 200 Millionen Mark im Jahre 1930/31 veranschlagt und eine Steigerung auf 340 Millionen Mark im Jahre 1945/46 erfahren haben. Der Gesetzesentwurf soll dem Parlament zum 31. Oktober, dem ersten Sitzungstage nach Beendigung der Sommerferien, unterbreitet werden und im Falle der Annahme durch das Parlament am 2. Januar in Kraft treten.

den gleichgeschlechtlichen Verkehr als berechtigt ansehe, und dazu könne er seine Hand nicht bieten.

Bei der Abstimmung stimmten die 13 Vertreter der Deutschnationalen und der Volkspartei sowie das Zentrum und die Wirtschaftspartei für die Aufrechterhaltung der Strafbarkeit; dagegen die 15 Vertreter der Sozialdemokraten, Demokraten, Kommunisten und der Abg. Kahl für die Streichung.

Damit ist endlich, nach jahrzehntelangem Kampf, die Strafbarkeit gleichgeschlechtlicher Handlungen gefallen.

„Anton, steck den Degner ein!“

Kommunisten und Korruption.

Wir lesen im linkskommunistischen „Volkswillen“: „Wenn sich beim Skandal-Standal offenbarte, daß kommunistische Stadträte — nicht nur Degner, den die SPD. fallen ließ, sondern der noch viel mehr herausgestellte Gabel, von dem man erst sehr spät, und wie Eingeweihte flüstern.

nur unter bestimmten Zusicherungen an Gabel, abrückte — nicht nur die obigen Bedingungen der „Mitarbeit“ in staatlichen oder kommunalen Organen nicht erfüllten, sondern sehr aktiv im Sumpf gesteckt haben, wenn das jahrelang sozusagen unter den Augen der Parteileitung vor sich gehen konnte, dann hat das diese Ursachen, und kann nicht mit dem Verlagen einzelner Funktionäre erklärt werden.

Die Korruptionsfälle in der SPD. sind eben keine Einzelfälle mehr. Die wachsenden Verbureaukratisierung der Partei, die zu

„Militärmusik.“

Theater am Rollendorfsplatz.

Die Aufführung dieser Tragikomödie unter der Regie Heinz Goldbergs wurde mit gemischten Gefühlen aufgenommen. Bei guter Regie und teilweise schönen schauspielerschen Leistungen bietet das Stück selbst wenig, was über den Durchschnitt interessant wäre. Das Publikum piff und applaudierte. S. M.

nehmende Selbstherrlichkeit der Parteibeamten, die Ausschaltung jeder demokratischen Kontrolle durch die Mitgliedschaft müssen solche Fälle Wistorf-Thälmanns schaffen und müssen große und kleine Skandal-Freunde züchten... Schluß machen mit

den Fällen Degner, Gabel, Koenen und Thälmann und den vielen anderen in der SPD.

kann allein die Rückkehr zu einer Politik nach den Grundzügen von Morg und Lenin und damit zu einem innerparteilichen Kurs, der das Mitgliedschafts- und Kontrollrecht der Mitgliedschaft neu schafft. Solange das nicht geschieht, werden auch Wist. Bied und Wist. Koenen an der Spitze der Berliner Liste neue „Fälle“ nicht verhindern.“

Polizeiaktion in Pommerellen.

Deutsche behausucht und verhaftet.

Warschau, 16. Oktober. (Eigenbericht.)

Die Abendblätter berichten, daß im Bromberger Sejm- und Senatbüro der deutschen Fraktion Haus-suchungen zur Beschlagnahme von zahlreichem „belastendem“ Material geführt haben sollen. Auch in der Wohnung des Sejmabgeordneten Gracze sowie in zahlreichen Privatwohnungen Reichsdeutscher in Bromberg und Thorn sollen Haus-suchungen erfolgt sein. Der Fraktionssekretär Heibel und andere Reichsdeutsche sind verhaftet worden. Diese Maßnahmen sollen im Zusammenhang mit den vor einigen Tagen erfolgten Haus-suchungen und Verhaftungen im Deutschen Pfadfinderbund für Pommerellen und Posen stehen, die angeblich eine staatsfeindliche Tätigkeit dieses Vereins erwiesen haben sollen.

Das fällige Todesurteil des Volksgerichtshofes ist über den Sowjeten Wladimir Gorton erlassen, die vier übrigen Angeklagten erhielten je 30 Jahre Zuchthaus!

Zur dreifachen Begründung in Ungarn sei zur Vermehrung irrtiger Schlussfolgerungen mitgeteilt, daß von einer allgemeinen Amnestie noch keine Rede ist.

Affäre Sklarek in Berlin-Mitte.

Schneider versucht sich zu verteidigen.

In der Bezirksversammlung Berlin-Mitte wurde gestern die Affäre Sklarek besprochen aus Anlaß einer Anfrage der Deutschnationalen und eines Antrages der Kommunisten. Vom Bezirksamt lag eine auf die deutschnationale Anfrage erteilte schriftliche Antwort vor, in der gesagt wurde, daß Beanstandungen der Sklarekschen Waren von den beteiligten Dienststellen, namentlich vom Jugendamt und von der Kriegsbefähigtenfürsorge, gekommen seien, daß aber bei einer Prüfung die Waren als preiswert befunden worden seien. Bürgermeister Schneider war in der Sitzung anwesend, nahm als erster das Wort und erklärte, seine gesellschaftlichen Beziehungen zu Sklarek hätten auf dem Umfange der Bestellungen der Bezirksamtes bei Sklarek nicht den geringsten Einfluß gehabt. Leitende höhere Beamte — er nannte Stadtrat Menzel (Demokrat), Stadtrat Böfel (Kommunist), Stadtrat Dr. Volgt (deutschnational) — hätten nach vorgenommener Untersuchung sich außerordentlich günstig geäußert. Böfel habe nach Besichtigung des Warenlagers die Güte und Preiswürdigkeit anerkannt.

Für das Wohlfahrtsamt Mitte habe Volgt berichtet, daß weder Mißstände noch Schwierigkeiten des Warenbezuges beobachtet worden seien.

Der deutschnationale Stadtrat Dr. Volgt gab dann ferner eine Erklärung ab, in der er betonte, daß er das vom Bürgermeister Schneider diktierte Gutachten vertretungsweise unterschrieben habe, weil es Stadtrat Genosse Herrmann nicht unterzeichnen wollte. Sein Bericht, sagte Volgt weiter, habe sich nicht auf das Warenlager bezogen, das er gar nicht gesehen habe, sondern nur auf die Abwicklung des Geschäftsverkehrs, der nichts zu wünschen übrig gelassen habe. In der Debatte verließ der kommunistische Bezirksverordnete und Stadtrat Bernstein eine Anrede an den Teilnehmer des Berliner sozialdemokratischen Parteitag. Er erzählte von einer Besichtigung des Sklarekschen Warenlagers unter Führung Schneiders und mußte auf die Frage eines Zwischenrufers, ob auch er dabei gewesen sei, mit Ja antworten. Gegen Bürgermeister Schneider forderte er Dienstentlassung ohne Pension.

Dieser Forderung schloß der deutschnationale Matthies sich an. Für den Sklarek-Standal machte er die Unterdrückung der freien Wirtschaft verantwortlich. Er verlangte, daß die Stadt nicht selber Wirtschaft treibe. Unser Genosse Brendel gestellte scharf die politische Ausschaltung der Sklarek-Affäre, den Mißbrauch der Pressefreiheit durch die Skandalpresse. Er erinnerte an die frühere Monopolwirtschaft bei Militärleistungen. Der von den Deutschnationalen beklagte Mangel an Moral sei eine Folge des Krieges und der Inflation. Die sozialdemokratische Partei werde die Untersuchung gegen beschuldigte Mitglieder scharf durchführen. Kriminelle Verfehlungen habe sie nicht feststellen können. Brendel teilte mit, daß schon vor längerer Zeit der Stadtrat Böfel (der zur Sozialdemokratischen Partei gehört) den Bezug Sklarekscher Waren abgelehnt hatte. Auch die Stadträte Friedländer und Herrmann (die beide gleichfalls zur Sozialdemokratischen Partei gehören) hätten erklärt, daß andere Firmen besser liefern könnten. Friedländer habe sogar, unbekümmert um die Bestimmungen, andere Firmen zur Lieferung herangezogen.

Herrmann habe immer wieder die Waren Sklareks bemängelt, aber bei dem kommunistischen Stadtrat Böfel nichts erreicht.

Selbstverständlich könnte man dafür nur Gabel, nicht die Kommunistische Partei, verantwortlich machen. Gabel fragte beim Wohlfahrtsamt an, warum es nicht bei Sklareks kaufen wollte. Der Dezernent Stadtrat Dr. Volgt schrieb noch im Juni dieses Jahres in einem Bericht an das Bezirksamt, das Wohlfahrtsamt wünsche die Weiterbelieferung durch Sklarek, man sehe keinen Anlaß zur Aenderung, da Mißstände und Schwierigkeiten sich nicht ergeben hätten. Herrmann lehnte die Mitunterzeichnung des Berichts ab, aber Volgt leitete ihn trotzdem weiter. Die Feststellung dieses Sachverhalts wurde von den Kommunisten und mehr noch von den Deutschnationalen mit lärmenden Unterbrechungen begleitet. Auf die Proklamationen der Kommunisten und der Deutschnationalen, die von dem Sklarek-Standal für sich einen Erfolg bei den Stadtverordnetenwahlen erwarten, antwortete Genosse Brendel, daß der 17. November ihnen eine Enttäuschung bringen werde. In der weiteren Debatte nahm nochmals Stadtrat Volgt das Wort zu seiner Verteidigung. Er habe, sagte er unter anderem, schon lange Mißtrauen gegen Sklarek gehabt. Früher habe er mal einen Anzug bei Sklareks gekauft, da sei er hineingefallen. (Gelächter.)

Zu den Verurtheilten der Kommunisten Wisniewski, die Kommunistische Partei wicklungslos, stellte Genosse Kiese erneut den Tatbestand fest, daß in der Bezirksversammlung Mitte die Kommunisten ihren gegen Sklareks Warenmängel gerichteten Antrag zunächst unter der Hand wieder zu heftigen suchten und nach dem Scheitern dieser Bemühungen ihn schließlich offen zurückzogen, weil sie plötzlich die Waren für „gut“ hielten.

Ein Antrag, der dem Bürgermeister Schneider schärfste Mißbilligung ausspricht und gegen ihn sofortige und energische Untersuchung fordert, wurde einstimmig angenommen.

Magistrat und Verwaltungsrat der Stadtbank haben gestern beschlossen, an Stelle des suspendierten Stadtbankdirektors Schmitt vorläufig Direktor Gehre vom Deutschen Spartakus- und Giroverband, Deutsche Girozentrale, Deutsche Kommunalbank, mit der Führung der Geschäfte des geschäftsführenden Vorstandes bei der Stadtbank zu beauftragen. Direktor Gehre wird zu diesem Zweck bei der Deutschen Girozentrale beurlaubt. Direktor Gehre ist seit 1923 Direktor der Deutschen Girozentrale. Er war vorher bei der Preussischen Staatsbank (Seehandlung) zuerst als Bankrotläufer. Er genießt den Ruf eines ganz besonders befähigten und tüchtigen Sachmannes.

Bisher kein weiterer Parteiaustritt.

Eine allgemein als unzuverlässig bekannte Berliner Korrespondenz verbreitete gestern die Nachricht, daß die Sozialdemokratische Partei auch den Stadtverordneten Genossen Rühlmann ausgespart habe, seinen Austritt aus der Partei zu erklären. Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ gibt diese Meldung ohne Prüfung weiter. Wir stellen fest, daß sie frei erfunden ist.

Der Füllfederkönig soll einen Denktettel erhalten.

Nach einer Blättermeldung hat die Staatsanwaltschaft gegen den sogenannten Füllfederkönig Winkler als Urheber der fingierten Selbstmordgeschichte vom Königssee Anklage wegen Verführung der Behörden erhoben. Die Untersuchung wird vom Bezirksgericht Hofgasse geführt werden, bei dem gegen Winkler bereits ein Verfahren wegen Falschmeldung anhängig ist.

Auf der Suche nach Sensationen...

Das „Tempo“ und der Vertrag mit der „Behala“.

Seit einiger Zeit ist das im demokratischen Berlog Ulstein erscheinende Sensationsblatt „Tempo“ angetrennt bemüht, seinem Konkurrenzblatt, der Hugenbergschen „Nachtausgabe“ in der Erfindung von Sensations- und Korruptionsmeldungen den Rang abzulaufen. Wir wissen nicht, wie die Demokratische Partei über diese Art journalistischer Arbeit urteilt. Die Frage muß jedoch einmal aufgeworfen werden, ob der Verlag Ulstein glaubt, dadurch der deutschen Demokratie einen Dienst zu erweisen, daß von einem seiner Blätter systematisch niedrigste Schlepperdienste im Interesse der Reaktion geleistet werden. Es liegt in der Richtung der von uns bereits des öfteren angeprangerten Revolverjournalistik, wenn das „Tempo“ gestern abend einen bereits seit über sechs Jahren in Kraft befindlichen Vertrag mit der „Behala“ sensationell auszubekunden versucht. Sachlich ist zu den Dingen folgendes zu bemerken.

Die Berliner Häfen sind Februar 1923 an die Behala verpachtet worden. Fast sämtliche Parteien des Rathauses haben damals dieser Verpachtung zugestimmt, insbesondere auch Demokraten und Volkspartei. Die Demokraten haben auch der Aufrechterhaltung des Vertrages in späteren Jahren nach den Beratungen des sogenannten Untersuchungsausschusses zugestimmt. Der Grund der Verpachtung lag darin, daß die Stadt um die Entwicklung ihrer Wirtschaft willen einen Ausbau und eine möglichst schnelle Entwicklung des Verkehrs ihrer Häfen für notwendig erachtete. Die Häfen hatten außerdem seit 1913 einen jährlichen Zuschuß von

etwa einer halben Million erfordert. Bei dieser Sachlage glaubte auch die Sozialdemokratie, eine weitere rein kommunale Betriebsführung der Häfen nicht verantworten zu können. Sie war der Meinung, daß auf dem Gebiet des Hafenbetriebes der Zeitpunkt zur kommunalen Bewirtschaftung noch nicht gekommen sei. Die Verpachtung der Häfen geschah in der Form, daß die Stadt als dividendenberechtigter Aktionär mit 25 Proz. des Aktienkapitals an der Gesellschaft beteiligt war, daß die Gesellschaft zur Erhaltung und zum Ausbau der Häfen aus eigenen Mitteln verpflichtet wurde und daß alle Anlagen und Bauten, die notwendig zur Zustimmung und unter der technischen Kontrolle der Stadt ausgeführt werden dürfen, nach Ablauf des Vertrages Eigentum der Stadt werden.

Der erwähnte Vier-Millionen-Kredit, der die Behala zum Ausbau des dritten Hafens abgeben wurde, ist von ihr bereits 1927 zurückgezahlt worden. Dafür hat die Behala von sich aus einen 7-Millionen-Kredit aufgenommen und die Summe in die Häfen hineingebaut. Auch die Beschlüsse über die Aufrechterhaltung des Vertrages in späteren Jahren erfolgten, wie gesagt, mit großer Mehrheit, zu der auch Volkspartei und Demokraten gehörten. Allerdings hoben die Konkurrenzunternehmungen sowohl vor dem Abschluß des Vertrages wie auch bei den späteren Verhandlungen über eine etwaige Umgestaltung daselbst Material vorgebracht, das sie jetzt der Redaktion des „Tempo“ übermitteln. Dieses gesamte Material mit allen seinen Einzelheiten ist also über sechs Jahre lang der gesamten Stadtverordnetenversammlung und der gesamten reichshauptstädtischen Presse bekannt.

„In letzter Minute.“

Düg, so lang du lügen kannst!

Sensation! Das Berliner kommunistische Abendblatt medelt in dreispaltigen Lettern: „Staatsanwalt sucht Schneider und schreibt:

„Soweit wir unterrichtet sind, hat das Material, das bei der Staatsanwaltschaft den Beschluß reifen ließ, den Bürgermeister Schneider in Untersuchungshaft zu nehmen, bereits in der vorigen Woche dem Berliner Parteivorstand der SPD. vorgelegen. Er hat aber in der letzten Woche von einem Ausschluß Abstand genommen und dafür den Bürgermeister Schneider beauftragt, in unauffälliger Weise in Urlaub zu gehen. Dieser Urlaub ist von Schneider Anfang dieser Woche angetreten worden, und erst nachdem der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei wußte, daß Schneider sich nicht mehr in Deutschland aufhält, hat er den Beschluß auf Ausschluß aus der Partei gefaßt. Schneider dürfte somit für die Staatsanwaltschaft kaum noch „sicher greifbar“ sein.“

So lag die „Welt am Abend“ gestern vergnügt und munter. Doch mit des Geschickes Richten ist kein ewiger Bund zu schließen. „In letzter Minute“ war alles wieder anders, und so berichte man weiter:

„Wie wir in letzter Minute erfahren, hat der Bezirksbürgermeister Fritz Schneider von der Ablicht der Staatsanwaltschaft, die Untersuchungshaft über ihn zu verhängen, vorzeitig Kenntnis erhalten und darauf seinen Urlaub abgebrochen. Er will sich nunmehr in der heutigen Sitzung des Stadtparlamentes Bezirk Mitte seinen Anklägern stellen, wobei er hofft, das Schicksal einer Verhaftung dadurch zu sich abwenden zu können, daß er andere hochgestellte Persönlichkeiten mit in die Affäre hineinzieht.“

Offenbar gibt es ein Vespublikum, das dies alles geduldig erträgt, vielleicht sogar mit Behagen schluckt. Und das ist die traurige Seite dieser sonst sehr komischen Angelegenheit.

Ein kommunistisches Bekenntnis.

Die sozialdemokratische Werbemaschine ist im Gange. Jeder Tag bringt uns Meldungen über Werberversammlungen und zahlreiche Neueintritte in die Partei. Wir können zufrieden sein. Anderen Leuten aber geht es anders. Vor uns liegt ein Schreiben mit diesem Inhalt:

„Berter Genosse! Die Mitgliederversammlungen der Partei vom 26. September 1923 haben einstimmig beschlossen, alles daranzusetzen, um die großen Aufgaben, die vor der Partei stehen, zu lösen. Am Sonntag, dem 29. September, sollte der Auftakt zu einer großartigen Werbeaktion gegeben werden. Trotz Zustimmung Tausender von Mitgliedern mußten wir am Sonntag feststellen, daß die Beteiligung unserer Mitglieder sehr mangelhaft war.“

Es folgt jetzt die Aufforderung zur Teilnahme an einer Versammlung, „um über diese Schwäche zu beraten, bzw. sie abzustellen“. Zum Schluß aber heißt es drohend: „Es ist dies die letzte Aufforderung, die an Dich ergeht und Dich an Deine Pflicht mahnt. Wir sehen uns sonst gezwungen, Dich vor der gesamten Partei zur Verantwortung zu ziehen. Mit kommunistischem Gruß: Die Zellenleitung.“

Die Herren Kommunisten drohen also ihren Mitgliedern mit



Das Programm bringt sehr viel Brahm's. Vorbildlich in der Zusammensetzung das Schallplattenkonzert, das sowohl einen Auschnitt aus dem symphonischen Werk und aus der Kammermusik als auch Lieder und Klavierkompositionen gibt. Der Hörer erhält einen guten Überblick über die Universalität des Meisters. Übertragend ist der erste Satz aus der ersten Sinfonie in der Interpretation von Otto Klemperer, eine Dirigentenleistung höchsten Formats. Da der badische Landespräsident Dr. Schmidt über den süddeutschen Sender gegen das Volksbegehren spricht und dieser Vortrag auf alle deutschen Sender übertragen wird, fällt das Sonatensatzkonzert aus. Als Erfolg spielt Wladimir Wollf Klavierkonzerte in Fis-Moll von Brahms, groß in der Auffassung und herb im Ausdruck. Das Abendprogramm wird geändert. Berlin sendet ein sehr gutes Orchesterkonzert, das mit Bizet's „Romantische“ eingeleitet wird, eine Komposition, die dekorativer und programmatischer ist als alles andere, was Bizet schuf, und in der Melodie weniger ergreifend. Allerdings mitreißend wie immer das Ländlerische. Seidler-Winkler sucht das rein Melodische, die Andante, die er mit großer Liebe herausarbeitet. Auf den Glanz des Orchesters legt er nicht denselben Wert. Es folgte dann die Rheinische Sinfonie von Schumann. Darauf folgt der Baritonist der Lindenoper Theodor Scheidl Lieder von Schumann, Schubert und Loewe, sehr stark im dramatischen Ausdruck, eher ein ausgezeichnete Balladenlänger als ein Liederinterpret. Zum Schluß wurde die Rede des preussischen Ministerpräsidenten Genossen Otto Braun aus dem Marmoraal am 30. übertragen, die wir an anderer Stelle ausführlich wiedergeben. F. S.

der Peitsche. Unsere Genossen und Freunde arbeiten freudig aus proletarischem Pflichtgefühl und immerer Verbundenheit mit der Partei an dem großen gemeinsamen Werk.

Rückkehr von der Balkanfahrt.

Zeppelin um Mitternacht über Schlesien.

Von Bord des „Graf Zeppelin“ liegt folgender um 18.30 Uhr (M. C. Z.) ausgegebener Funkpruch vor:

„Nach Besuch der rührend begeisterten Hermannstadt, wo Kopf an Kopf die Menge sich auf dem Marktplatz versammelt hatte, und nach einem geistreichen Flug im Vollmondlicht über das nächtliche Klauenburg ist das eigentliche Balkonprogramm ausgeführt. Luftschiff geht jetzt durch die ungarische Tiefebene über Budapest, Bregburg nach Schlesien, das trotz verlangsamer Fahrt schon kurz nach Mitternacht erreicht sein dürfte. Zauberkörper Reiz der Puzza im hellen Mondlicht. Graf Zeppelin.“

Drehrollen-Leuchte vor Gericht.

Wegen Kautionschwindeln angeklagt.

Vor dem Großen Schöffengericht Berlin-Mitte begann ein umfangreicher Betrugsprüfung gegen den Kaufmann Max Leuchte, bekannt unter dem Namen „Drehrollen-Leuchte“. Wegen Beihilfe ist mitangeklagt der Vertreter Paul Hemmerling.

Leuchte hat nur seine Kämpfe gegen die Warenhäuser in letzter Zeit sehr viel von sich reden gemacht. Am 4. Januar d. J. gründete er in seiner Drehrollenfabrik in dem Hause Rosenhaller Straße 26 einen „Reichsverband zur Bekämpfung der Warenhäuser“. Er wurde zum Präsidenten gewählt. Die Geschäftsführung des Verbandes erfolgte ungetrennt mit der Buchhaltung der Drehrollenfabrik Leuchte. Im Laufe des Januar und Februar wurden für den Reichsverband nicht weniger als 54 Kassierer eingestellt. Jeder mußte 500 M. Kautions stellen. Leuchte's Drehrollenfabrik übernahm dafür Bürgschaft. Der Reichsverband hat aber nur einige hundert Mitglieder und es wurden an Mitgliedsbeiträgen, Spenden und andere Beiträge im ganzen nur 1300 M. eingenommen. Da die Kassierer nichts zu tun hatten und sahen, daß immer neue eingestellt wurden, schöpften sie Verdacht und kündigten ihre Kautionen. Eine Anzahl von ihnen mußte das Arbeitsgericht anrufen und einigen hat Leuchte auch die Kaution zurückgezahlt. Die Drehrollenfabrik ging dann aber in Konkurs und es stellte sich heraus, daß Leuchte eine Sicherstellung der Kautionen unterlassen hatte. Im ganzen sind 26700 M. Kautionen gezahlt worden.

Der Angeklagte Leuchte behauptete, daß er die Kautionen zur freien Verfügung erhalten habe. Die Warenhäuser hätten den Reichsverband distanzieren. Man habe ihn als verrückt hingestellt. So habe man auch behauptet, daß er die Warenhäuser damit bekämpfen wolle, daß er ihnen Katten in die Häuser schicke. Deshalb habe der Reichsverband, für den 300 Werber in Berlin allein ausgeschickt worden waren, nicht die erwartete Ausdehnung genommen. Zu der Verhandlung sind zahlreiche Zeugen geladen. Wir werden über den Ausgang des Prozesses berichten.

Leiparis Befinden weiter zufriedenstellend.

In dem Befinden des Genossen Leipart ist gegenüber dem Vortage eine weitere leichte Besserung zu verzeichnen. Wie hierzu noch von dem Oberarzt der chirurgischen Abteilung des Hildegard-Krankenhauses Dr. Kleiber mitgeteilt wird, ist auch die Temperatur etwas gesunken. Wenn man auch den immer noch ernsthaften Zustand des Patienten nicht verkennen dürfte, habe man erfreulicherweise doch den Eindruck, daß Genosse Leipart die Reise überstehen wird.

Weltliche Schule im Bezirk Mitte-Nord.

Am 21. d. M., abends 8 Uhr, versammelten sich die Mitglieder der freien Schulgemeinde, Arbeitsgemeinschaft Nord, und die Elternbeiräte der Liste Schulaufbau bei Abend, Schrägerstr. 2. Genosse Ramisch hält einen Vortragsabend über „Die soziale Arbeit in der weltlichen Schule“. Am 29. Oktober, abends 8 Uhr, spricht Genosse Stadtrat Löwenstein im Vereinshaus des Nordens, Gartenstr. 6, über „Die Aufgabe der weltlichen Schule“. Wer bis jetzt die Anmeldung zur neuen Schule veranlaßt hat, hole dies an diesen Abenden nach oder sende sie sofort an Lehrer Ramisch, Berlin SW. 20, Lilienhalstraße 4. Eine Postkarte mit Angabe der Adresse genügt.

Genossin Anna Kullke bittet uns um Veröffentlichung folgender Zeilen: „Anlässlich meines 70. Geburtstages (mit mir von Freunden und Genossen) las ich Glückwünsche und Ausmerklamkeiten zuteil geworden, daß es mir unmöglich ist, allen persönlich zu danken. Darum sage ich hier an dieser Stelle meinen herzlichsten Dank.“

Uns gehört die Jugend!

Reichskonferenz der Kinderfreunde in Gera.

Gera ist in der Kinderfreundebewegung nicht ohne Tradition. Hier entstand eine der ersten Gruppen Deutschlands überhaupt und die lange Verbundenheit mit Partei und Arbeiterschaft gab den dortigen Kinderfreunden ein breites Fundament für ihr Wirken. Das kam zum Ausdruck bei der Vorbereitung und dem Auftakt zu der diesjährigen Reichskonferenz. Ein eindrucksvoller Fackelzug bildete Vorpiel zur Begrüßungsfeier und Auftakt zur Parteierbewoche. Auf dem mauerischen Marktplatz beendeten Ansprachen des Sekretärs Weinberger und des Wiener Genossen Tejarel diesen ersten Teil des Abendprogramms, das dann seine Fortsetzung in der ostporzellanischen Turnhalle in etwas umfangreicher Form fand. Kampflieder in wunderbarer Präzision und musikalischer Gestaltung boten Männern und Frauen, Ansprachen und Film hielten die Riesenschar der Besucher lang beisammen.

Am Sonntag, dem 6. Oktober, um 9 Uhr begann in der „Ballhalle“ die Konferenz, zu der außer vielen Gästen 116 Delegierte aus allen Teilen des Reiches erschienen waren. Die österreichischen Kinderfreunde waren durch Genossen Tejarel vertreten. Wie alljährlich, so gab auch diesmal Kurt Löwenstein einen Rückblick auf das letzte Arbeitsjahr. Die inneren Zusammenhänge für die ausgeführten Gedankengänge ergaben sich auch diesmal aus der Kurzarbeit, die in der abgelaufenen Woche Führer und Führerinnen in Länisch vereint hatte. Löwenstein führte aus: Der Kinderfreundegedanke ist (bei einem Rückblick auf den ersten Kursus in Länisch 1924) aus den engen Grenzen pädagogisch interessierter Kreise herausgewachsen und zu einer Massenbewegung, einer „sozialistischen Volksbewegung“ geworden, die gerade in letzter Zeit die angepannteste Aufmerksamkeit rechtsgerichteter und katholischer Kreise auf sich gelenkt hat. Dabei sind namentlich von katholischer Seite Formulierungen geschaffen worden, die Verwirrungen anrichten sollen. Wir haben gerade in diesen Tagen der Wahlvorbereitungen alles daranzusetzen, die bestehende Gegenüberstellung zwischen uns und den anderen auf einer anderen Grundlage auszutragen. Wenn uns von den Gegnern vorgeworfen wird, daß wir bestehendes Elend zu Parteizwecken ausnützen, daß wir uns diese Gegenüberstellung nicht gefallen lassen. Wohl wird von uns die christliche Opferwilligkeit anerkannt werden können. Aber wir müssen sagen, daß diese Opferwilligkeit nie der Demut und des Trostes, unsere jedoch die des Erkennens und der Lottkraft ist. Wir sind keine Sekte, sondern wir ergreifen die Erziehungsaufgabe der Allgemeinheit und unterrichten uns allerdings an den weltlichen Voraussetzungen dieser weltlichen Gegenwart. Deswegen haben wir es auch nicht nötig und haben es nie getan, religiöse Weltanschauungen herabzusetzen: Wir sind nicht Verächter, sondern positive Aufbauer. Eine Zurückweisung erfordern auch die Angriffe auf den Koedukationsgedanken, wie er von den Kinderfreunden in den Zellsagern in verantwortungsbewusster Praxis durchgeführt wird. Die schmutzigen Verleumdungen unserer Gegner treffen uns nicht und wir werden gerade auf diesem Gebiete entschieden weiterarbeiten.

Darauf gab der Schriftleiter der „Sozialistischen Erziehung“:

August Siegfried, in einem Bericht über die Aufgaben und Ausbau dieser Zeitung wertvolle Anregungen. Er forderte, daß unser Material in planmäßiger Weise in die Arbeiterpresse gelangen muß, und er konnte mitteilen, daß das Korrespondenzblatt des DGB bereit ist, uns Raum dafür zu gewähren. Hans Weinberger nannte in seinem Geschäftsbericht erfreuliche Zahlen über äußeres Wachstum und inneren Ausbau unserer Bewegung. 512 Ortsgruppen mit 120 000 Kindern, 6000 ständigen Helfern, 50 000 Mitgliedern in Erziehungsvereinen als Ergebnis von fünf Arbeitsjahren, vielfache Anregungen und Pläne für Weiterarbeit als Aufgaben der nächsten Zeit. Im Zusammenhang mit diesen Ausführungen wurde — neben vielen anderen Anträgen — beschlossen, alljährlich (möglichst im Herbst) eine Werbewoche der Kinderfreunde mit einem Tag des Arbeiterkindes durchzuführen. Die Wahlen bestätigten erneut die Steigertätigkeit in der inneren Entwicklung der Bewegung. Kurt Löwenstein wird mit den bisherigen Vorstandsmitgliedern zielbewußt weiterarbeiten, Genosse Quadt, Köln, wird dabei als neues Mitglied ein wichtiges Feld zu bestellen haben. In größter Einmütigkeit dankte zum Schluß die Konferenz den Genossen Geras für alle Bemühungen und beendete ihre angestrenzte Arbeit mit der „Internationale“.

Opfer ihrer Eifersucht.

Wenn man Liebe durch Gewalt erzwingen will.

Das Landgericht I verurteilte den Bäckergehilfen Lemke, der am 4. August d. J. seine Braut E. leicht verletzle, und sich selbst hinterher zwei Kugeln in den Kopf jagte, wegen versuchten Totschlages zu sieben Monaten Gefängnis.

Lemke hatte vor seiner Fahrt nach Berlin einen Abschiedsbrief an seine Eltern geschrieben, in dem er seine Absicht, die Braut und sich selbst zu töten, ankündigte. In der Verhandlung erklärte er, daß er seine Braut tatsächlich habe töten wollen. Das Gericht nahm aber trotzdem zugunsten des Angeklagten nicht versuchten Mord, sondern versuchten Totschlag an. Es war der Ansicht, daß L. zwar den ursprünglichen Voratz, seine Braut zu töten, gehabt habe, jedoch im letzten Augenblick davon Abstand genommen habe. Durch die brutale Behandlung, die ihm von seiner Braut widerfahren sei, wäre er plötzlich in Wut geraten und habe deshalb auf sie geschossen. Eine Bewährungsfrist wurde dem unglücklichen Bäckergehilfen in Aussicht gestellt. — Man wird dem Gericht in seinem milden Urteil recht geben. Lemke, zweifelsohne ein anständiger Kerl, ist genug bestraft. Auf das junge Mädchen, das sich mit ihm verlobte, um gleich darauf eine neue Liebchaft zu beginnen, fällt durchaus ein Teil der Schuld.

Aus ganz anderem Holz geschnitten war der Schmied Bogel, der vorgestern vom Landgericht III wegen Totschlages an dem Geliebten seiner früheren Braut zu vier Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Auch hier lautete die Anklage auf Mord. Das Gericht sah den Fall jedoch milder an. Zwar hatte Bogel — ein brutaler Mensch — die Waffe am gleichen Tage zu sich gesteckt,

zwar hatte er kurz vor der Tat seiner Braut gegenüber Drohungen ausgesprochen; eine Absicht, den Geliebten seiner Braut zu töten, hatte er aber nicht. Der Schuß galt seiner Braut, diese blieb aber unverletzt. Die Sachverständige erklärte, daß Bogel sich zur Zeit der Tat im Zustand höchsten Affektes befunden habe.

Der Fall Bogel und der Fall Lemke haben das eine gemeinsam: hier wie dort sollte ein Mädchen, das von ihrem Verlobten nichts mehr wissen wollte, mit Gewalt zur Liebe gezwungen werden. Vielleicht sprach in beiden Fällen die veraltete Vorstellung mit, daß die Frau sich unbedingt dem Willen des Mannes unterzuordnen hat und ihr Liebesleben nicht ebenso frei bestimmen darf, wie ihr männlicher Partner.

Sozialdemokratische Werbewoche!

Der Kreis Tiergarten der Groß-Berliner Parteiorganisation leitete die Werbewoche der Partei mit einer großen Werbemonstration ein.

In den Abendstunden sammelten sich die aus den Betrieben kommenden Genossen im Kleinen Tiergarten. Frauen und Werbetransparente, die von innen erleuchtet wurden, waren in großer Zahl zu sehen. Um 6 1/2 Uhr, als die Dunkelheit schon ganz hereingebrochen war, wurden Fackeln entzündet, und der mächtige Zug setzte sich in Bewegung. Einige Stahlhelmjünglinge und einige Kommunisten, die meist aus den Aneipen heraustraten, konnten sich nicht enthalten, in unsäglich Weise zu schimpfen, als der riesige Zug als feurig leuchtende Schlange vorüberzog, aber das Interesse und die freundschaftlichen Zurufe der proletarischen Bevölkerung von Moabit überzogen sich beim Durchzug durch die Straßen stark. Unter dem Gesang der alten Kampflieder ging der Zug während zwei Stunden durch die proletarischen Wohnstraßen des Bezirks. Zum Schluß gelangte er in Begleitung einer großen Anzahl von interessierten Mitläufern wieder am Kleinen Tiergarten an, wo der Kreisleiter, Genosse Hennig, eine kurze Ansprache hielt. Er forderte auf zur verstärkten Werbung für die Sozialdemokratische Partei, die allein die Interessen aller Werktätigen vertritt. Die politisch noch inorganisierten forderte er auf, in richtiger Erkenntnis ihrer Lebensinteressen, der Sozialdemokratischen Partei beizutreten. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie schloß die Kundgebung, in das alle Anwesenden begeistert einstimmten.

Heute Stadtverordnetenversammlung.

Die heutige Stadtverordnetenversammlung, für die sämtliche Tribünenarten bereits besetzt sind, beginnt um 16.45 Uhr pünktlich.

Schüler-Sonderveranstaltungen im Deutschen Künstlertheater. Am Donnerstag, Freitag und Sonnabend um 3 1/2 Uhr nachm. finden als Schüler-Sonderveranstaltungen im Deutschen Künstlertheater Gastspiele der English Players mit dem englischen Kriegsstück „Journy's end“ von R. C. Sherriff statt. Es gelten kleine Kassenpreise.

Aus der Partei.

Der belagerte Parteivorstand hat die Ortsvorstände beauftragt, noch vor Ende des Jahres gemeinsam Vorschläge darüber auszuarbeiten, wie der Parteipresse die finanziellen Mittel zu großzügigem Ausbau beschafft werden können. Es ist geplant, dazu 15 Millionen Franken bereitzustellen. Die Organisation Gera hat bereits beschlossen, dem Genier Parteiblatt „Booruit“ fünf Millionen Franken zur Verfügung zu stellen.

5049

das ist die richtige Lösung unseres **15000 M. Wettbewerbs** über das Sie bald Näheres von uns an dieser Stelle hören werden.

Nur 49 ganz richtige Lösungen sind eingegangen, aber wir wollen zugeben, daß wir Ihnen die Aufgabe diesmal ziemlich schwer gemacht haben.

Um so leichter machen wir's Ihnen aber dafür, sich den neuen Winter-Mantel oder das neue Herbst-Kleid zu kaufen.

Dabei gibt's überhaupt keine Nietten. Jeder Kauf bei uns bedeutet einen Gewinn, einerlei, wieviel Sie ausgeben wollen.

Wenn Sie für Ihr Geld den schönsten Mantel oder das eleganteste Kleid kaufen wollen, das man überhaupt dafür haben kann, dann —



Besuchen Sie bitte den obengenannten wunderbaren Hut, der bei beiden Figuren der gleiche ist. Sein besonderer Schick: er ist als Kappe (links) oder als Glocke (rechts) zu tragen. Mit apertem Samtpolz, schön gefüllt. Dieser Modehut kostet **4.90**

14.75
Das elegante Popelin-Kleid; wundervolle Glockenform, mit Tresse eingerollt, der obere Teil ringsum apert, reich bestickt

22.50
Der gute Ottomane-Mantel, in geschweifter Form, schön verarbeitet; ganz auf gutem Fuder, mit großem Plüschkragen, — stulpen

34.75
Der vornehme Mantel aus Velours-caré in eleganter Ausführung — reicher Pelz — Stuart-Kragen und ganz auf gutem Fuder

GEHEN SIE ZU C&A BRENNINKMEYER

Oranienstr. 40
Am Oranienplatz

Chausseest. 113 Königstraße 33
Beim Steinfener Bahnhof Am Bahnhof Alexanderplatz

(Nachdruck von Wort und Bild verboten!)

Die obigen Angebote stehen Ihnen ab Donnerstag zur Verfügung! — Schriftl. Bestellungen können nicht berücksichtigt werden!

Kämpfe für sozialistische Wirtschaft.

Wirtschaftsbetrachtung zur Werbeweche.

Wir werden in dieser Woche für die Partei. Wir rufen nach den neuen Kräften, nach den neuen Freunden, Mitkämpfern und Mitarbeitern. Kein Zweifel, daß auch diese Werbeweche ein großer Erfolg sein, und daß sich die Werbeweche unserer Bewegung noch einmal dem Freunde wie dem Feinde eindrucksvoll offenbaren wird. Wir werden uns unseres Erfolges freuen und werden trotzdem mehrschonlich nicht ganz zufrieden sein. In unserem Bestreben, immer breitere Massen für unsere Bewegung zu gewinnen, sind wir unerfüllt. Wir haben aber auch das Gefühl, daß die Anziehungskraft unserer Bewegung noch stärker sein könnte und stärker werden muß, als sie es gegenwärtig ist. Wir haben das Gefühl, daß unsere tägliche Tätigkeit selbst nicht stark und nicht ständig genug werbend für uns auf die Massen der arbeitenden Bevölkerung wirkt. Jedemal, wann wir, sei es vor den Wahlen oder wie jetzt anlässlich einer Werbeweche, diese unsere Tätigkeit übersehen, überzeugen wir uns selbst, daß sie sich sehen lassen kann. Wenn wir aber mitten in unserer Arbeit sind, so fühlen wir uns manchmal nicht sehr wohl in den so klein erscheinenden Sorgen des Tages.

Es scheint, als ob wir die großen Wirren unserer Bewegung aus dem Auge verlieren und den inneren Zusammenhang unserer Tagesarbeit mit unserem großen Ziel nicht mehr so klar sehen, wie es früher vor dem Kriege war. Einmal sagte mir ein Genosse, Redakteur an einem Provinzialblatt: „Es war so einfach und so schön früher, als wir die Uebel des Kapitalismus geißeln und die Ueberlegenheit des Sozialismus nachweisen konnten, ohne uns um alle diese kleinen Sachen kümmern zu müssen. Und jetzt muß ich z. B. dazu Stellung nehmen, wie die Straßen in unserer Stadt gepflastert werden sollen. Ich weiß aber nicht, wie man die Straßen sozialistisch pflastern soll.“ Ich weiß das auch nicht, ich verstehe nichts vom Pflastern, ich weiß aber, daß wir alles sozialistisch tun und also auch die Straßen sozialistisch pflastern müssen.

Es ist schon eine gewaltige weltumwälzende Leistung

der sozialistischen Bewegung, wenn die Arbeiterschaft, die früher von jeder Beteiligung an der Gestaltung des Gemeinlebens durch die öffentlichen Organe ausgeschlossen war, jetzt überall an der Arbeit ist, um dieses Gemeinleben in ihrem Sinne um und aufzubauen. Es ist z. B. eine gewaltige Errungenschaft, wenn wir jetzt überhaupt eine eigene Wirtschaftspolitik haben, daß es also unsere Aufgabe sein kann, mit den Mitteln des Staates in allen seinen Zweigen (Koch, Bänder, Kommunen) die wirtschaftliche Entwicklung zu beeinflussen. Unsere Gegner verstehen sehr gut, wozu der Staat läuft, wenn sie über die „Lata Sozialisierung“ schreiben und die breite Öffentlichkeit gegen unsere Wirtschaftspolitik hetzen.

Insbesondere diese unsere Werbeweche fällt in eine Zeit, in der alle Kräfte der kapitalistischen Öffentlichkeit gegen die „Auswüchse“ der kommunalen Wirtschaft, gegen kalte Sozialisierung und das Bestreben des privaten Wirtschaftsmobilgemachts werden. Ueberlegt man, was jetzt vor sich geht, und worum es sich handelt, so muß man zu dem Schluß kommen, daß wir wirklich an der bedeutungsvollsten Entwicklung arbeiten und

Jetzt im Kampfe um die Umgestaltung der wirtschaftlichen Grundlagen

der Gesellschaft stehen. Wir werden jetzt für die Partei, um neue Mitkämpfer und Mitarbeiter für diesen Kampf zu gewinnen.

Staatliche und kommunale Wirtschaft muß nicht schon an sich soziale Wirtschaft sein, sie ist vielmehr sehr oft eine rein kapitalistische, den kapitalistischen Interessen dienende Wirtschaft, und solange sie sich in dem Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft entwickelt, muß sie sich auch der kapitalistischen Methoden des Wirtschaftens bedienen. Wenn aber die Arbeiterschaft die Demokratie erobert hat, in welcher sie zu den maßgeblichen politischen Kräften gehört, so hat sie auch die Möglichkeit gewonnen, die öffentliche Wirtschaft in ihrem Geiste zu beeinflussen und auf dem Wege über diese Wirtschaft neue wirtschaftliche Grundlagen Schritt für Schritt im Leben durchzuführen. Sehen wir uns zunächst nur eines der dazugehörigen Probleme etwas näher an.

Die Gegner des Sozialismus versuchen mit folgendem Argument Eindruck zu machen. Nehmen wir an, daß die kapitalistischen Gewinne beseitigt werden; wenn man das Geld, welches auf diese Weise für andere Verwendung frei bleibt, verteilt, so wird jeder nur eine ganz geringfügige Summe bekommen. In Deutschland würde es wohl weniger als 100 M. pro Kopf der Bevölkerung ausmachen. Gewiß, das ist schon etwas, was bleibt aber der große Segen des Sozialismus? Ist ein solches Ziel des großen Kampfes wert? Läßt sich nicht eine solche allgemeine Steigerung des Wohlstandes auch mit den Mitteln der kapitalistischen Wirtschaft erzielen? Dann folgt natürlich das Beispiel: Amerika. Diese Kritik ist entweder aus der Unkenntnis der Kritiker zu erklären oder rechnet mit der Unkenntnis der anderen. Mit der veränderten Verteilung des Ertrages der Wirtschaft erschöpft sich der Sozialismus bei weitem nicht. Die Bedeutung der veränderten Verteilung darf man auch nicht unterschätzen: etwa 400 M. jährlich mehr für eine Arbeiterfamilie ist gewiß keine Lappalie. Der Schwerpunkt der sozialistischen Umgestaltung der Wirtschaft liegt aber in der Veränderung der Grundlagen der gesellschaftlichen Produktion, in der planmäßigen Leitung der gesamten Wirtschaft, Befreiung der im Kapitalismus unermesslichen Verschwendung und in der weitgehenden Umgestaltung des Massenverbrauchs. Hier interessiert uns vor allem dieser letzte Punkt.

Die Umgestaltung des Massenverbrauchs.

Die Förderung des Massenverbrauchs kann auch im Interesse der kapitalistischen Wirtschaft liegen. Wir wissen, wieviel auf diesem Gebiete in Amerika, wo sogar die Automobile zu einem Massenartikel geworden sind, geschieht. Es handelt sich dabei darum, daß die Produktion durch die Methoden der Massenproduktion sehr wesentlich verbilligt wird, und daß die billigeren Waren in großen Mengen geliefert werden. Es gibt aber noch eine andere, nicht weniger wichtige Form der Erweiterung des Massenverbrauchs, die von der privatkapitalistischen Unternehmung nicht in gleichem Maße gefördert werden kann. Ich meine die Fälle, in welchen nicht einzelnen eine große Menge bestimmter Verbrauchsgegenstände für den geschäftlichen Verbrauch zugänglich wird, sondern der gleiche Verbrauchsgegenstand einem breiteren Kreise der Konsumenten dienen soll.

Eine der wesentlichen Funktionen der öffentlichen Wirtschaft besteht darin, daß sie durch die Befriedigung eines solchen Massenbedarfs den Haushalt des einzelnen entlastet oder bestimmte Arten des Verbrauchs den Massen überhaupt erschließt. Ein Stadtpark für alle Einwohner, Kindergärten für Kinder aus vielen Familien, öffentliche Bäder mit billigen

Preisen, Volksbüchereien — in allen solchen Fällen gibt's keinen großen Spielraum für die Rentabilität im privatkapitalistischen Sinne. Für einen Buchverlag z. B. ist es ohne Zweifel viel vorteilhafter, wenn seine Bücher mehr von einzelnen gekauft werden, als wenn jedes einzelne Exemplar in einer Bücherei von vielen gelesen wird.

Die Entlastung der einzelnen Haushalte auf diese Weise ist aber ganz gewaltig. Denken wir z. B. an den Verbrauch der Elektrizität: was würde es kosten, wenn jede Familie eine eigene Apparatur für die Erzeugung des elektrischen Stromes brauchte! Vor allem wäre dann die Verwendung der Elektrizität im Haushalt nur ein Privileg von ganz wenigen. Jetzt bauen manche vermögende Leute in ihren Häusern besondere Säle mit Schwimmbädern. Mit dem Geld, mit welchem vielleicht zehn solche Luxus-einrichtungen gebaut werden, kann man ein Schwimmbad für viele Tausende bauen.

Öffentliche Wirtschaft als Hebel des Massenwohls.

In diesen Fällen liegen die Dinge so, daß zwar die privatkapitalistische Industrie von solchen Gegenständen des Massenverbrauchs profitiert, aber nicht diejenige, die die Entwicklung dieses Verbrauches in ihrer Hand hat. Wenn Ford die Autoproduktion verbilligt hat, so lag es in seinem unmittelbaren Interesse,

Starker Herbstverkehr der Reichsbahn.

Bis Ende August die erwarteten Gesamteinnahmen erreicht

Der Güterverkehr der Reichsbahn im September hat sich infolge der eingehenden Entenetransporte, des starken Bestandes der Düngemittel und infolge des niedrigen Wasserstandes auf den Binnenwasserstraßen sehr kräftig entwickelt. Nach vorläufigen Schätzungen stieg die arbeitsmäßige Waggengestellung auf 159 400 gegen 154 890 Wagen im August! Der noch stärkere Verkehr im September vorigen Jahres mit 161 451 Wagen arbeitsmäßig ist auf außergewöhnliche Verhältnisse zurückzuführen, da im September 1928 kurz vor der Erhöhung der Tarife noch jede Verfrachtungsgellegenheit nach Möglichkeit ausgenutzt wurde.

Zugleich gibt die Reichsbahn-Gesellschaft die Betriebsergebnisse für August bekannt. Berücksichtigt man, daß der August durch die allgemeine sommerliche Geschäftstillung sowohl in der industriellen Produktion wie auch im Güterumschlag einen erheblichen Rückgang mit sich bringt, ist die Mindereinnahme der Reichsbahn von nur 6 Mill. M. als verhältnismäßig sehr günstig zu veranschlagen. Seit dem Monat Mai entwickelten sich die Betriebseinnahmen bei der Reichsbahn wie folgt:

Mai	451 Millionen M.
Juni	464 „
Juli	501,3 „
August	495,0 „

Da die deutsche Reichsbahn in den letzten Monaten mehrfach bei der Reichsregierung eine Erhöhung der Tarife durchzubringen versuchte, hat sie sich bemüht, diese sehr günstige Entwicklung ihrer Einnahmen nach Möglichkeit zu verschleiern. So wurden zugleich mit der Steigerung der Betriebseinnahmen auch die Betriebsausgaben entsprechend erhöht. Trotzdem aber war die Reichsbahn in der Lage, schon im Juli 17 Mill. M. und im letzten Berichtsmonat August sogar 18,1 Mill. M. vom Gewinn zurückzustellen, die zum Ausgleich von Mindereinnahmen infolge Verkehrsschwankungen dienen sollen. Von einer angespannten Finanzlage kann daher bei der Reichsbahn um so weniger die Rede sein, als die nächsten Monate, der noch nicht abgerechnete September sowie der Oktober den stärksten Güterverkehr im Jahre zu bringen pflegen.

Im übrigen wurde Ende August zum erstenmal die erwartete Gesamteinnahme des Vormonats erreicht, so daß damit der Rückschlag aus der Kälteperiode durch die Verkehrssteigerung in den letzten Monaten restlos aufgehoben worden ist.

Herbst auf dem Arbeitsmarkt.

Die Arbeitslosigkeit Mitte Oktober.

Das Ansteigen der Arbeitslosigkeit hat sich nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Woche vom 7. bis 12. Oktober leicht vermindert. Nur in Brandenburg ist noch eine geringe Entlastung eingetreten, sonst setzte sich in allen Bezirken die rückläufige Bewegung durch.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger dürfte bis jetzt auf 765 000 (Ende September 748 610) gestiegen sein; bekanntlich erlassen sie nicht die volle Arbeitslosigkeit. Das Nachlassen der Beschäftigung war vor allem in den Saisonbetrieben des Baugewerbes und der Baustoffindustrien bemerkbar. Auch in der Metallindustrie übermogen die Zugänge; die Saisonbehebungen in einigen Verbrauchsgüterindustrien waren zu schwach, um einen völligen Ausgleich zu geben.

20 Prozent für Kulmbacher Bier.

Der Aufstakt zu den Brauereischlüssen.

Der Abschluß des Kulmbacher Reichsbraus, der jetzt den Aufstakt zu den Brauereischlüssen für 1928/29 gibt, kennzeichnet mit seiner 20prozentigen Dividende die zu erwartenden Gewinne der Brauereindustrie im letzten Jahr deutlich genug.

Nach dem Bericht der Verwaltung hielt sich der Bierabsatz auf der Höhe des guten Konjunkturjahres 1927/28. Der Betriebsüberschuss hat sich von 2,1 auf 2,2 Mill. erhöht und allein der ausgewiesene Reingewinn von rund 637 000 M. entspricht einer Dividende von mehr als 26 Proz.

Wie gut das Unternehmen finanziell dasteht, geht daraus hervor, daß die gesamten Schulden, in denen aber auch noch Rücklagen für Steuern liegen, nur etwa 636 000 M. betragen. Diesen Schulden stehen allein rund 450 000 M. Bankguthaben und Bargeschuld gegenüber. Hierzu kommen noch Kassenstände für Bier, Hypotheken und Darlehen an die Rundschau und in Wertpapieren angelegte Gelder von insgesamt 2,4 Mill. Mark. Die Vorräte an Bier, Hopfen und Mais werden mit rund 0,59 Mill. ausgewiesen. Daß das Unternehmen auch für innere Festhalten gut vorbereitet hat, zeigt die Höhe der offenen Rechnen, die bei einem Kapital von 2,4 Mill. mehr als 880 000 M., also über 35 Proz. ausmachen.

Der Zementabsatz im September. Das schnelle Abflauen der diesjährigen Bauzeitung zeigt sich auch beim Zementmarkt; er belief sich im September auf 728 000 Tonnen gegenüber 764 000 Tonnen im gleichen Monat des Vorjahres und gegenüber 787 000 Tonnen im August 1929.

Wie ist es aber, wenn man, wie in Wien und auch in manchen deutschen Städten, in den neuen Hausblöcken eine gemeinsame Waschküche errichtet? Dies bedeutet für die einzelnen Haushalte große Ersparnisse an Zeit und Geld, ist aber mit der Maschinenisierung der Wäscherei verbunden und kommt also auch den Fabrikanten, die diese Maschinen produzieren, zugute. Die Häuser werden aber nicht von diesen Fabriken gebaut, und die Wohnungsbaufirmen haben wieder nichts von dieser Maschinenisierung. Man kann weiter an gemeinsame Arbeitszimmer denken, wo Nähmaschinen allen im Hausblock wohnenden Hausfrauen zur Verfügung stehen würden.

Man könnte die Zahl solcher Beispiele sehr stark vermehren. Hier begnügen wir aber nicht eine erschöpfende Beschreibung der vorhandenen Möglichkeiten, sondern wollen eine von den entscheidend wichtigsten Entwicklungsrichtungen der öffentlichen Wirtschaft feststellen. Sie kollektiviert verschiedene Formen des Massenverbrauchs und verbilligt dadurch tiefen Bedarf oder macht ihn erst für die breiten Massen möglich. Auf manchen Gebieten von großer sozialer Bedeutung, wie Kinderpflege oder überhaupt Gesundheitswesen (auch in solchen Formen wie z. B. die Kochkassen), kann auch wirtschaftlich zweckmäßige Kollektivierung der Befriedigung des Massenbedarfs nur Sache der öffentlichen Wirtschaft sein. Dazu gehört aber eine finanziell starke, von demokratischem und sozialem Geiste durchdrungene, öffentliche Wirtschaft, durch die das Betätigungsfeld des privaten Gewerbes (aber nicht die Beschäftigungsmöglichkeiten der Arbeiter) notwendigerweise eingeengt werden muß. Um diese Wirtschaft geht jetzt der Kampf. Wir rufen nach neuen Kräften für diesen Kampf auf unserer Seite und werden damit für sozialistische Wirtschaft.

G. Decker.

Konsumvereine gegen Zündholzmonopol.

Eine Sitzung der Geschäftsführer der christlichen rheinischen und westfälischen Konsumgenossenschaften nahm folgende Entschliessung an.

Gegen die Absicht der Reichsregierung, gegen eine Anleihe von 500 Mill. M. durch den Schwedischen Zündholztrust ein Zündholzmonopol in Deutschland zu errichten, erhebt die Sitzung im Rahmen der im Reichsverband deutscher Konsumvereine z. B. zusammengeschlossenen Verbraucher (schärfsten Protest). Die mit der Errichtung des Monopols vorgesehene Erhöhung der Verkaufspreise für Zündhölzer von 25 auf 35 Pf. pro Paket bedeutet eine Verteuerung von 40 Proz., eine Erhöhung, die die breiten Verbraucherschichten wieder stark belastet. Da der Schwedentrust heute schon 70 Proz. der Zündholzherstellung in Deutschland hat, wird dieser Mehrpreis auch zum größten Teile dem Schwedentrust zufließen. Es muß dem Deutschen Reich möglich sein, auf andere Art eine Anleihe aufzunehmen, ohne daß dabei die breiten Verbraucherschichten verurteilt werden, 50 Jahre lang einen um 40 Proz. und vielleicht noch mehr überhöhten Preis für ihren Zündholzbedarf zu bezahlen. Der Deutsche Reichstag wurde in einer Entschliessung aufgefordert, der Errichtung eines Zündholzmonopols seine Zustimmung zu verweigern.

Schicksal der deutschen Margarineindustrie.

In Ergänzung unseres kürzlich veröffentlichten Artikels „Für 2 Milliarden Margarine“ weist uns die Bereinigung der freien deutschen Margarine- und Kunstseifenfabriken darauf hin, daß die freie Margarineindustrie in Deutschland immer noch einen Produktionsanteil von 25 Proz. habe. Dieser Anteil reichte aus, um die Monopolstellung des Margarinetrusts hinsichtlich eines Preis- und Qualitätsdiktats zu hindern. Vorbeugung sei, daß man der freien Industrie die Unabhängigkeit ihres Rohstoffbezuges sichere und die Konsumenten wissen lasse, daß der internationale Margarine-trust noch keine unbeschränkte Herrschaft habe. Die Lebensfrage für die freie Margarineindustrie liege nicht in der Beherrschung des Deutschemarktes, also des Rohstoffes für die Deilmühlen, sondern vielmehr in der wachsenden Abhängigkeit von den Konzernmüllmühlen, welche die Rohstoffe, d. h. die pflanzlichen Öle und Fette den Margarinefabrikanten liefern.

Konturs der Deutsch-Russischen Filmallianz A.-G. Ueber das Vermögen der schon seit längerer Zeit in Zahlungsschwierigkeiten befindlichen Deutsch-Russischen Filmallianz A.-G. in Berlin (Dorussia) ist jetzt der Konkurs eröffnet worden. Es soll die Absicht bestehen, den Betrieb, den eigentlichen Geschäftszweig des Unternehmens, sobald wie möglich wieder aufzunehmen. — Der Zusammenbruch der Gesellschaft, die eng mit der russischen Handelsvertretung in Berlin zusammenarbeitete, ist ausschließlich auf dunkle Geschäfte einiger Direktoren zurückzuführen. Gegen den Direktor Jöhner ist bereits Anklage erhoben worden, während sein Mitdirektor Dr. Bopp, das treibende Element in der Direktion, es vorgezogen hat, seinen Wohnsitz zurzeit nach Rumänien zu verlegen.

Cröllwitzer Papierfabrik 10 Proz. Dividende. Die Cröllwitzer Aktien-Papierfabrik A.-G. in Halle schließt ihr Geschäftsjahr 1928/29 mit einer Dividende von 10 gegen 12 Prozent im letzten Jahr ab. Der Dividendenrückgang ist auf Sonderabschreibungen für entstandene Ausfälle bei den Forderungen zurückzuführen, die mit rund 70 000 M. einer Dividende von 5 Proz. entsprechen. Umsatzzahlen und Angaben über die Betriebsentwicklung werden im Geschäftsbericht nicht gemacht. Es muß aber dem Unternehmen, wie schon die hohe Dividende zeigt, trotz der ungünstigen Einflüsse der Kälteperiode sehr gut gegangen sein. An dem von 0,87 auf 0,91 erhöhten Rohgewinn gemessen, müssen die Umsätze gegenüber dem sehr guten Konjunkturjahr 1927/28 noch gestiegen sein. Auch an flüssigem Geld herrschte kein Mangel, denn in die Anlagen wurden rund 286 000 M. gesteckt, die durchweg „über Betrieb“ aus laufenden Gewinnen bezahlt wurden.

Wiederaufbau bei der Waggonfabrik Fuchs in Heidelberg. Nach dem Vierteljahrsbericht der Heidelberger Handelskammer ist der Wiederaufbau bei der Waggonfabrik Fuchs kräftig im Gange. Das Unternehmen hat im Frühjahr infolge Beschäftigungs-mangel und finanzieller Schwierigkeiten seine Betriebe schließen müssen und unter Führung der Duffeldorfer Waggonfabrik (Sehr. Schöndorf) eine scharfe Sanierungsaktion durchgeführt. Ende Mai wurde der Betrieb mit etwa 200 Arbeitern wieder aufgenommen, und inzwischen konnte die Belegschaft wieder auf 553 Mann verstärkt werden. Da die Gesellschaft neben alten Reichsbahnaufträgen noch aus dem hundert-Millionen-Kreditgeschäft der Waggonindustrie seinen quotenmäßigen Antragsanteil zu verarbeiten hat, ist bis zum nächsten Frühjahr eine Beschäftigung des Wertes gesichert.

Berücksichtigung im Berliner Metallhandel. Die beiden Metallhändler Kron Hirsch u. Sohn und H. Schöner in Berlin haben eine Verschmelzung ihrer Firmen beschlossen. Beide Unternehmen arbeiten bereits seit längerer Zeit auf verschiedenen Gebieten der Industrie und des Handels zusammen. Das Schwerkrieg der Geschäftsführung wird nach der Verschmelzung auf die Firma Kron Hirsch u. Sohn verlagert werden. Die Metallhandelsfirma Schöner ist an dem hüttenwerklichen Niederlande, welche, das Anfang dieses Jahres mit dem Hüttenwerk Wilhelm-König in Draaisburg verschmolzen wurde, stark interessiert.

Wachsende Spareinlagen bei der Berliner Sparkasse. Die Spareinlagen bei der Sparkasse der Stadt Berlin sind im September um 6,88 Millionen gestiegen, während im August dieses Jahres ein Zuwachs von 6,32 Millionen Mark zu verzeichnen war.

Joe Corrie: „Ingwer“

Der erste Preis fällt Nr. 24 zu. Erhebe dich von deinem Stuhl, Nr. 24! Der Schulmeister blickte über seine Brillengläser hinweg und heftete seinen Blick erwartungsvoll auf Angus, das ausgemerkte Schölein des Grubendirektors. Doch Nr. 24 erhob sich an einer anderen Ecke von seinem Platz; es war ein kleines Büschchen mit rottem Haar, in einem ihm viel zu großen Wams, mit einem Paar Hosen, die ein mächtiges Loch bei den Knien zeigten, ohne Schuhe, bloßfüßig. Es war der kleine Thomson, der in der Schule den Spitznamen „Ingwer“ führte. Ihm fiel der von einer Schulstiftung gespendete Preis für den besten Aufsatz „Seid menschlich mit den Tieren!“ zu. Der Schulmeister war enttäuscht, aber nicht über- rascht.

„Ingwer“ hatte Talent zum Schreiben und Zeichnen, und er fand an diesen Gegenständen mehr Gefallen, denn jeder andere. Alle Augen waren auf ihn geheftet als er sich erhob, und sein Gesicht bedeckte sich mit Purpurröte.

„Komm heraus aufs Podium, Thomson“, fogte jetzt der Lehrer. Und in einer netten Ansprache, die er dem Knaben hielt, drückte er die Hoffnung aus, daß er den Preis, ein Buch mit dem Titel: „Wie erreiche ich im Leben Erfolge?“, gründlich lesen, die vielen Lehren, die es enthielt, sich zu Herzen nehmen und schließlich auch selber im Leben Erfolge ernten werde. Dann händigte der Schulmeister dem bebenden, zerschellten, bloßfüßigen Jungen, genannt „Ingwer“, den Preis ein.

Was für ein Stolz erfüllte den Jungen, als er die Schwarze Straße herunterlief, um an diesem Nachmittag Vater und Mutter den Preis, den er bekommen hatte, zu zeigen!

„Leg's zu unterst in die Kiste“, sprach die Mutter, „und mache es mit deinen schmerzigen Händen nicht schmutzig!“

„Eine Menge Albernheiten“, sagte der Vater, „es hätte für dich mehr Sinn gehabt, wenn du ein Paar gute Schuhe bekommen hättest, in Anbetracht des Umstandes, daß du bald die Schule verläßt. Beeile dich mit dem Mittagessen und lauf dann zum Schmied herunter, ob er mir meine Spitzhake schon geschärft hat.“

Den ganzen Abend hindurch verschlang unruhig Ingwer sein Buch und träumte davon, wie er es in der Welt zu etwas bringen und ein wohlhabender und daher großer Mann werden werde. All die Männer, die in dem Bude beschriebenen waren, waren aus der Armut zum Reichtum gelangt, warum nicht auch er?

Und in derselben Nacht träumte ihm davon, daß er von London aus einen Besuch in der Schwarzen Gasse machte, um seine Schulkameraden wiederzusehen. Er sah in einem eleganten Luxusauto, trug einen halbsteifen Hut neuester Mode und rauchte eine Kiefigarrete.

Sie eilten rasch auf dem Wege zur Grube dahin. Jeden Augenblick konnte das Hornsignal erschallen und die Eingangs-Kontrollschranke in den Schacht geschlossen werden.

Der Regen zanz in Strömen durch die Finsternis, jeder Tropfen drang durch die Hosen bis auf die Haut.

Der Vater hielt jetzt inne und starrte nach rückwärts. „Wo stehst du denn, Himmel noch einmal? Also kommst du schon?“

„Jawohl“, hauchte Ingwer.

„Was ist denn los mit dir?“

„Ein Nagel ist in meinem Schuh drinnen.“ Ingwer blieb für eine Sekunde stehen.

„Vorwärts, vorwärts!“ schnarrt der Vater, „und weniger von den Narrheiten.“

Sie greifen nach ihren Kontrollmarken — ihren Kammern mit Namen — und eilen dann den halbverfallenen Stiegenang in die Grube herunter.

Herunter, herunter schreiten sie in den Abgrund, herunter herunter in den wackeligen Hölleldarm. Halb blind, halb blöde, mehr Tier als Mensch, tappend, tastend, sich vorwärts mühend, sich win-

dernd, drehend, brummend, fluchend, lästern, und all dies für das gewöhnlichste Ding auf Gottes Erdboden — trockenes Brot!

Durch die niedrigen Schachtwege, mit den Grubenhunden kämpfend, die quiettschen, weil sie nicht mit Fett geschmiert wurden, mit zerschundenen Rücken, sich bemügend, die Förderwagen zu heben, wenn sie auf einer falschen Schienenstraße laufen, so schuftet Ingwer den ganzen Tag hindurch, bis zu den Knien im Wasser stehend, während ihm die schweißbedeckten Fugen seines Arbeitskleides am Leibe kleben.

„Seid menschlich mit den Tieren!“ — „Wie erreiche ich im Leben Erfolge?“ — „Eine Schulstiftung des Vereins — Grüne Hoffnung.“

„Ich wünschte, ich wäre tot“, spricht Ingwer so manches Mal während dieser Tage, sein Tränenkügelchen neben dem eigensinnigen Grubenhund ausweinand.

Doch die Zeit vergeht, Monate gehen vorüber, das Fleisch wird härter, und es kommt über ihn jene große Gleichgültigkeit gegenüber allem, die auch ganze Generationen der Thomsons vor ihm ergriffen hatte. „Wie erreiche ich im Leben Erfolge?“, das war ein Ding mit zerfetzten Deckeln, schmutzig, mit zerrissenen Seiten. Seine größte Hoffnung war — ständige Arbeit für eine Zeitlang — sein größter Jugendtraum — ein Konfektionsangang mit langen Hosen.

Ein- oder zweimal besuchte er während dieses Winters auch die Abendschule, aber er schlief während des Unterrichtes vor Müdigkeit ein. So ließ er es also sein und stand lieber an der Strahmede, hörte den lauten Unterhaltungen über Sport zu, den sich immer wiederholenden Erfahrungen, die man aus der Grube aufstiehe, und schließlich gewann er auch eine unzüchtige Kenntnis über sexuelle Dinge.

Und bald lernte er „Kopf oder Kiler“ spielen und verlor seinen letzten Penny lächelnd.

Die Hand, die einst so geschickt gewesen war, den Zeichenstift zu führen, bekam Erfahrung, Kreuze auf Fußball-Wittkups zu setzen und Einsätze beim Buchmacher zu machen.

Die Sonntage verbrachte er von früh bis Abend in einer Spielhölle, die im alten Maschinenhause bei der „Rancy-Grube“ untergebracht war. Und kaum siebzehn Jahre alt, war er bereits ein Mann, der in das Wirtshaus „Gothenburg“ wie zu Hause einging, ohne zu zuden, ohne vor Scham zu erröten.

„Ich bin Ingwer Thomson, und wer kann sich mit mir messen? Will einer mit mir einen Handel wagen?“ Ingwer tastet aus die Schenke auf die Straße hinaus, seine Herausforderung mit lauter Stimme brüllend.

Er hatte sechsen zehn Schillinge bei einem Wettspiel verloren und eine Kiste gezogen. Er bot einen kläglichen Anblick, denn er war heute das erste Mal in seinem Leben betrunken. Sein Vater geht jetzt zu ihm heran.

„Mach, daß du heimkommst, mach keinen Karren aus dir selber, geh heim, sag ich dir!“

Er packt ihn beim Kopf. „Ingwer“ reißt sich los und wirft seinen Kopf auf die Erde.

„Du alter Esel!“ Er nimmt gegen seinen Vater einen Anlauf und stürzt zu Boden. Eine Menschenmenge sammelt sich um ihn herum. Ingwer steht unsicher auf, in seinen Augen leuchtet Tollheit.

„Wo ist der alte Esel! — Laßt mich zu ihm!“

Seine Kameraden rufen mit ihm. Er schlägt wie ein wildes Tier um sich, bis er erschöpft zu Boden sinkt. Dann beginnt er wie ein kleines Kind zu heulen. Man bringt ihn heim und legt ihn in einen Lehnstuhl neben dem Herd nieder.

Mit zitternden Händen löst ihm die Mutter das Hemd beim Halse, schnürt ihm die Schuhe auf, während er seufzt und rast und dann wieder verspricht, nie mehr durch die Tür eines Wirtshauses zu gehen. Doch die Mutter schüttelt ihr Haupt —, sie weiß es anders.

Dieser Vorfall mit dem jungen Ingwer ereignete sich am selben Abend, als Angus, das Söhnchen des Herrn Bergwerksdirektors, die Universität bezog. (Vervollständigte Uebersetzung von J. Reismann.)

Willy Ley: Prof. Oberth's Raketenversuche

Es ist jetzt genau hundert Jahre her, daß die englischen Ingenieure untereinander einen heftigen Kampf auszufechten hatten. Und einer von ihnen, der als „nüchternen Denker“ galt, schrieb mit einem Zeitschriftenaufsatz seinem „phantastischen“ Kollegen folgende schöne Worte ins Stammbuch: „Was ist wohl handgreiflich aberner, lächerlicher als die Idee, eine Lokomotive von der doppelten Geschwindigkeit der Postkutschen bauen zu wollen. Da könnte man den Einwohnern von Woolwich und von Manchester ebenjogut zumuten, sich auf eine Congrevelsche Kriegsrakete zu setzen.“

Der Kollege, dem das galt, war aber George Stephenson, er baute tatsächlich die Lokomotive von doppelter Postkutschengeschwindigkeit und nannte sie aus Trost „Rackel“ — „Rakete“.

Das war vor hundert Jahren. Es hat sich aber doch wohl nicht viel geändert in der Zwischenzeit, wenn auch die Lokomotiven jetzt weit mehr als 100 Kilometer in der Stunde durchrosen, Luftverkehr entstanden ist und man sich ernstlich überlegt, ob man sich nicht einmal wirklich auf eine Rakete setzen soll.

Da erklären Männer, die sich mit Raketenproblemen befassen, daß sie nichts gemein haben mit den „phantastischen“ Bestrebungen eines Fluges nach anderen Weltkörpern oder auch nur in den Raum hinaus und daß sie deshalb die Rakete nach „nüchternen Ueberlegung“ nur als Motor für Räderfahrzeuge und Flugzeuge benutzen wollen.

Nachdem sie das gesagt hatten, explodierten ihre Schienenwagen und ihre ersten Raketenflugzeuge gingen in Flammen auf. („Ente“ im Juli 1928 auf der Wassertruppe — der Presse wurde davon nicht zurecht erzählt.)

Nach dieser Gegenüberstellung scheint es so, daß doch hier diejenigen recht haben, die nicht auf der Erde bleiben wollen mit ihren Raketen, sondern den Weltraum erobern, auch das natürlich langsam und vorsichtig.

Es scheint aber nicht so, als hätten sie recht, sondern es ist auch tatsächlich der Fall, wie sich wissenschaftlich beweisen läßt. Dieser Beweis ist so einfach, daß man ihn sogar ohne jede Berechnung im Rahmen eines Zeitungsartikels verständlich machen kann.

Jeder weiß, daß sich die Rakete durch Rückstoß bewegt, und zwar durch den Rückstoß ihrer Verbrennungsgase, die durch die Düse ausströmen. Nun ist es selbstverständlich, daß die Geschwindigkeit der Rakete um so größer werden muß, je höher die Auspuffgeschwindigkeit ihrer Brennstoffe ist. Bei Pulver ist dieser Auspuffgeschwindigkeit nicht viel größer als 2 Kilometer in der Sekunde, bei den flüssigen Brennstoffen, wie sie von Professor Hermann Oberth, dem bedeutendsten Gelehrten dieser neuesten Wissenschaft, von Anfang an vorgeschlagen worden sind, kann man das Doppelte herausholen. Neben dieser einen Grundtatsache der Ueberlegenheit der flüssigen Brennstoffe über Pulvermischungen ist aber noch etwas anderes beachtenswert und leicht verständlich: der verwendete Brennstoff wird natürlich dann am besten ausgenutzt, wenn die Geschwindigkeit der Rakete oder des Raketenfahrzeugs möglichst ebenso groß ist, wie die Auspuffgeschwindigkeit dieses Brennstoffes, ganz gleich, um was es sich dabei im Einzelfall nun handeln mag.

Es ist noch dieser Ueberlegung sofort klar, daß Raketen bei Räderfahrzeugen und auch noch bei Flugzeugen durchaus unrentabel sind, eine einigermaßen tragbare Brennstoffausnutzung findet erst statt, wenn es sich nicht um langsame Fahrzeuge handelt, die durch Raketenwirkung angetrieben werden sollen. „Langsam“ heißt in diesem Fall aber: langsamer als etwa 2000 Kilometer in der Stunde.

Professor Hermann Oberth hält deshalb vor all den Versuchen, die man bisher unternommen hat, nichts und will seinerseits ganz andere Experimente anstellen. Als erstes beabsichtigt er, eine flüssigkeitsbetriebene Rakete senkrecht zu den höchsten Luftschichten aufsteigen zu lassen. Dieser Versuch hätte außer den Ergebnissen für die Raketenentwicklung selbst noch weiteren wissenschaftlichen Wert, es wäre hierdurch allein möglich, die Verhältnisse an den Grenzen der Stratosphäre zu erforschen, indem man der Rakete Luftdruckmesser, Thermometer und andere wissenschaftliche Instrumente mitgibt, die durch einen Fallschirm langsam gelandet werden, nachdem sie ihre Pflicht getan haben.

Das nächste wäre, eine größere Rakete in einem Bogen, der größtenteils schon außerhalb der Erdatmosphäre liegt, zu einem

andern Erdteil zu senden. Man könnte solche Rakete durch automatisch zu furbelnde Kinetographen das überflogene Gebiet aufnehmen lassen, was für die Geographie sehr große Bedeutung hätte (wieviel Irrtümer in den wenig-bekanntem Gebieten Sibiriens sind schon durch die eine Zeppelinfahrt aufgedeckt worden — die Raketen selbst von hundert Photoraketen sind aber nur ein Bruchteil der Kosten eines Zeppelins). Andererseits könnte man aber auch auf die Kinetographen verzichten und der Rakete dafür einige Beutel Citropf mitgeben, die in weniger als einer Stunde am Ziel sein würden. Für eine Postrakete nach Amerika würde sich sogar das Paradoxon ergeben, daß die Post zeitlich früher in den Händen des Empfängers sein würde, als man sie aufgab, weil die Postrakete zu ihrem Flug viel weniger Zeit gebraucht, als die Zeitdifferenz zwischen Amerika und Europa ausmacht.

Fritz Lang und die Ufa haben sich jetzt gemeinsam entschlossen, Professor Oberth den Bau einer ersten Versuchsrakete zu finanzieren, die schon im Oktober ihren ersten Start durchführen wird.

Außerlich hat dieser Versuchsapparat ungefähr Pfeilform, oben sitzt ein Kopf, der an den Kopf einer großen Granate erinnert und die kreisförmig angeordneten Auspuffdüsen trägt. Von diesem Kopf hängt ein zehn Meter lange, aber nur 10 Zentimeter im Durchmesser haltender Schwanz herab, der die Funktionen des hölzernen Lentstabs einer Feuerwerksrakete zu erfüllen hat. Gleichzeitig ist er aber als Brennstoffbehälter ausgebildet. Das Material dieses Brennstoffschwanzes ist außen Stahl, innen Kupfer, das Kupferrohr ist bis zum Kopf mit flüssigem Sauerstoff gefüllt. In diesem flüssigen Sauerstoff stehen senkrecht nebeneinander vier Rohrstäbe, die an ihrem oberen Ende angezündet werden, und im Sauerstoff mit unglaublicher Geschwindigkeit verbrennen. Die heißen hochgespannten Gase steigen empor, werden umgelenkt und pufen durch die Düsen mit einer Geschwindigkeit von etwa 1500 Sekunden-Metern aus. (Die Maschinen mit Auspuffgeschwindigkeiten, die die der Pulvergase übersteigen, sollen erst nach dem Versuch gebaut werden.) Das ganze wiegt in startbereitem Zustande ungefähr 60 Kilogramm, ausgebrannt nur noch 16 Kilogramm. Die Höhe, die beim ersten Versuch erreicht werden soll, wird schätzungsweise 60 Kilometer betragen, fünfmal so viel, als der Welthöhenrekord für Flugzeuge.

Auf den Ausgang des Experiments wird man recht gespannt sein können, denn sogar sein Mißlingen würde den bisherigen Versuchen gegenüber einen großen Fortschritt darstellen.

Polarforschen - ein schlechtes Geschäft

Die großen Forschungsreisen unserer Tage, die kühnen Bahndreher des Verkehrs genießen einen Weltreum, wie er ihnen in früheren Zeiten nicht zuteil geworden, aber dieser glänzenden Vorderseite der Reiballe, die uns allen zu Bewußtsein kommt, steht eine Rückseite gegenüber, die nur der Forscher selbst empfindet und die ihm die Schattenseiten seines Berufes sehr deutlich macht. In unserer nüchternen Zeit, die so gern in Zahlen und Geschäften denkt, muß sich auch der Forscher mit der Finanzierung seiner Unternehmungen vor allem beschäftigen, und macht dabei schlechte Erfahrungen. Ueber diesen bisher so wenig beachteten Teil der Arbeit des modernen Forschungsreisenden plaudert der amerikanische Polarflieger Richard E. Byrd, der sich jetzt wieder im Südpolarbereich befindet, in seinem sechsten bei H. A. Brachhaus in Leipzig erschienenen Buch „Himmelswärts“. „Die meisten Leute“, schreibt er, „sehen gefährliche Abenteuer, wenn sie sie in einem Buch lesen. Die Gefahren der Expedition sind auch des Forschers schönste Freude, aber von den Sorgen und Mühen, die heutzutage mit den Vorbereitungen eines großen Unternehmens verbunden sind, hört der Laie wenig. In den Büchern über Entdeckungserreisen findet man allerlei Merkmalen auf der beigegebenen Karte. Ich wähle eins aus Geratewohl: „Das Kreuz bezeichnet den Ort, wo unsere modernen Kameraden nach einem sechsstündigen Schneesturm exortieren.“ Aber wie die Mode wechselt, so hat sich auch der Reizeffekt geändert. Das Kreuz, das ehemals sagte, wo der sterbende Forscher sein letztes Stück Penzilan aß, steht heute dort, wo man ihm den letzten Taler gab. Das Abenteuer ist stets ein Kampf des Menschen mit den Gewalten gewesen. Das gilt heute noch, nur daß Gläubiger und Sparfameit an die Stelle von Frostbeulen und Durst getreten sind. Die Entdeckung Amerikas kostete Kolumbus rund 9000 Mark. Der Nordpol hat bisher ungefähr 800 000 000 Mark verschlungen, von Hunderten von Menschenleben nicht zu reden. Ob sich die Sache gelohnt hat, bleibe hier unerörtert. Ich will hier nur darauf hinweisen, daß sich die Verwaltungskosten seit Pearys Zeiten nicht vermindert haben. Trotz stürigen Kopfzerbrechens brauchten wir für den Nordpolzug 560 000 Mark, freie Dienste und geschenkte Waren nicht eingerechnet. Das erscheint viel für einige Wochen auf See und ein paar Stunden in der Luft. Die Südpolexpedition wird zwei Millionen Mark kosten, was unter anderem auch an der gewaltigen Entfernung liegt.“

Vom Reifenden verlangt man früher vor allem Kühnheit, Entschlossenheit und gewisse wissenschaftliche Kenntnisse. „Der durch die Natur schweißende Forscher“, meint Byrd, „hat sich in einem Betriebsleiter verwanbelt. Er muß feste mitmachen und Reden halten. Er soll sich gestreich über alle möglichen Dinge unterhalten können. Er muß Gelder durch Vortragsreisen aufbringen. Zum gleichen Zweck schreibt er für die Tagesblätter und Zeitschriften, woraus sich die Notwendigkeit schriftstellerischer Begabung ergibt. Aber das Aufreibendste ist heute der Kampf um die Mittel, er hat aus der Forschungs Expedition eine Börsenspekulation gemacht, die den Unternehmer fast nie Gewinn bringt, wie die Geschichte zeigt. Kolumbus starb als armer Mann. Der sterbende Scott hat das englische Volk, für seine Familie zu sorgen. Shackleton hinterließ kein Vermögen für Weib und Kind. Amundsen, Roosmullen, Stefansson, Bartlett sind arme Leute. Welch ein Widerspruch liegt doch darin, daß der Forscher seinem Unternehmer ein trefflicher Geschäftsmann sein muß, aber kein Geschäft für sich daraus macht. Von den Ansprüchen, die in einen halbwegs erfolgreichen Entdecker bei seiner Heimkehr herantraten, macht sich der Forscher kaum einen Begriff. Von den endlosen Festen und gesellschaftlichen Verpflichtungen abgesehen, sind da vor allem die zu erfüllenden Zeitungsoverträge. Täglich laufen Hunderte von Briefen und Telegrammen ein, die man beantworten muß, will man nicht als dunkelhaft gelten. Empfänge, Festessen, Briefwechsel, Aufsätze, Rundfunk, Film und Reden, immer wieder Reden, lassen einem kaum drei Stunden für die Nachtruhe übrig. Zu den fürchterlichsten Qualereien gehört die Vortragsreise mit täglich zwei Festessen, einem Tee mit Damen, dem Vortrag, den Reden, dem Umhergeführtwerden, der Schreiberei. Um seine Schulden abzuzahlen, hielt Peary nach der ersten Reise 168 Vorträge in 96 Tagen. Er erklärte nachher, daß dies seine schwerste Reise gewesen sei.“

Theater, Lichtspiele usw.

Donnerst., 17.10. Staats-Oper Unter d. Linden A.-V. 223 19 Uhr

Tristan u. Isolde

Donnerst., 17.10. Städt. Oper Bismarckstr. Turnus IV 19 1/2 Uhr

Don Carlos

Staats-Oper Am Pl. d. Republ. Vorst. 66 19 1/2 Uhr

Die Fledermaus

Staatl. Schauspiel am Gendarmenmarkt A.-V. 197 20 Uhr

Musik

Staatl. Schiller-Theater, Charlth. 20 Uhr

Der Kaufmann von Venedig

SCALA Tägl. 9 Vorst. 5 und 8 1/2 Uhr Barbarossa 8256

PLAZA Tägl. 5 u. 8 1/2 Sonnt. 2, 3 u. 8 1/2 Alex. E. 4. 8066

Winter Garten 8 Uhr + zentr. 2019 + Banden erlaubt „Linder“ u. weitere Attraktionen

Großes Schauspielhaus Heute 8 Uhr: Zum 50. Male

3 Mustetiere

Jerger, Hansen, Arno, Ljungberg, Hesterberg, Lieske, Lenz, Wegener, Morgan, Schmidt, La Jana, Winkelstern, Orlik Regie: Erik Charell

CASINO-THEATER Lohbringer Straße 97. Heute! Täglich 8 1/2 Uhr Heute! Verzagte Hochzeitsnacht! und ein erstklassiger bunter Teil.

ROSE -THEATER Sr. Frankfurter Straße 132 Täglich 8 1/2 Uhr: (Sonntags 5 1/2 und 9 Uhr) Die leichte Isabell

Renaissance - Theater Täglich 8 1/2 Uhr STEMPELBRUDER Schauspiel von Duschinsky. Regie: Gust. Hartung.

Volksbühne Theater am Bülowplatz 8 Uhr

Frühlings Erwachen

Staatl. Schiller-Th. 8 Uhr

Der Kaufmann von Venedig

Staatsoper Am Pl. d. Republik 7 1/2 Uhr

Die Fledermaus

Theater am Kollendorfsplatz Täglich 8 1/2 Uhr

Militärmusik

Deutsches Theater D.L. Norden 12.310 8 Uhr

Die Fledermaus

Kammerspiele D.L. Norden 12.310 8 1/2 Uhr

Der Unwiderstehliche

Die Komödie J1 Bismck. 2414/7316 8 1/2 Uhr

Kolportage

Direktion Dr. Robert Klebe

Deutsches Künstler-Theat Barbarossa 3937 8 1/2 Uhr

Die andere Seite

Berliner Theater Köpenick 1170 8 1/2 U.

Zwei Krawatten

Metropol-Th. Täglich 8 1/2 Uhr

Das Land des Lächelns

Barnowsky - Bühnen Theater in der Klugegrüner Straße

Die erste Mrs. Selby

Komödienhaus Täglich 8 1/2 Uhr

Scribbys Suppen sind die besten

Theat. d. Westens Tägl. 8 1/2 Uhr

Marietta

Lessing - Theater Norden 10846

Cyankali 9 218

Planetarium am Zoo

Kleines Theat. Merkur 1624

Max Adalbert als Nanie

Planetarium am Zoo

Planetarium am Zoo

Planetarium am Zoo

Planetarium am Zoo

Planetarium am Zoo

Planetarium am Zoo



Kleiderstoffe
Woll-Crêpe de Chine 1 90
Jumperstoffe 1 90
Sportflanell 2 85
Woll-Georgette 4 50
Ottomane 4 50
Mantelstoffe 6 50

Seide und Samt
Rippensamt 1 90
Fulgurant 2 80
Satin Brillant 4 50
Kleidersamt 4 75
Crêpe de Chine 5 80
Faconné 1 90

Baumwollstoffe
Jakonett 68 Pf.
Satin 95 Pf.
Damassé 1 45
Damassé 2 45
Watteline 2 75
Steppfutter 3 75

Spitzen
Valenciennes-Wäschespitze 5, 8, 10 Pf.
Seidentüll 2 25
Kleiderspitze 2 25, 4 50, 6 75

Kurzwaren
Glanzstopfgarn 50 Pf.
Obergam 75 Pf.
Schneiderbüste 11 75
Pelzkragen 3 25
Pelzbesätze, Garnierschnallen

Weisswaren
Kragen 1 90
Bindekragen 1 90
Grosse Weste 1 90
Neuart. Weste 2 85

Unser Serienverkauf bietet Vorteile, die Sie nützen müssen!

HEIMTEXTILN

DAS WARENHAUS BERLINS IN ALLEN STADTEILEN

Reichshafen-Theater Abends 8 Sonntag nachm. 3 Immer noch: „Bei de Steffiner“

Trianon-Th. Täglich 8 1/2 Uhr

Damen - Mäntel - Fabrik Paul Linck, Neukölln, Reuterstraße 63

Ein Posten Pianos wenig gebraucht, wie neu, kreuzsaitig, wegen Nichterfüllung der Kaufverträge zurückgenommen, nur an Private gegen Barzahlung billig abzugeben.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Achtung! Achtung! Verwaltungsmitglieder!

Frau Berta Langneff und Sohn Gerhard.